Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Habelt.



Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 886.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches

Berlin, 16. Dezember. Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche augsburg. Konfession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrverwesers Julius Kunlin in Wolfisheim zum Pfarrer in dieser Gemeinde, Bez. Unter-Elsaß bestätigt.

Der König hat den Geh. Reg.- und vortr. Rath in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Dr. juris Hübler, zum Geh. Ober-Reg.-Rath ernannt, dem Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath Cruse zu Königsberg in Pr., den Charakter als Geh. Justizrath, den Oekonomie-Kommiss. Engel zu Potsdam, Stoy zu Zeitz und Brecht zu Sangerhausen den Charakter als Oekonomie-Kommissionsrath und dem General-Kommissions-Sekretair Bernhardt zu Stargard in Pommern den Charakter als Rechnungs-Rath, sowie dem Schneidermeister Johann Walther zu Potsdam das Prädikat eines k. Hof-Schneidermeisters verliehen.

Am Sophien-Gymnasium in Berlin ist die Beförderung des ord. Lehrers Dr. Heinrich Gustav Peter zum Oberlehrer genehmigt worden.

Aus dem Reichstage.

Die nationalliberale Partei scheint die trüben Ansichten und Ahnungen fortschrittlicher Politiker nicht zu theilen. In ihrem, hauptsächlich vom Abgeordneten Lasker beeinflußten Organ wird allerdings auch auf die mögliche Absicht des Reichskanzlers hingedeutet, die gegenwärtige Berathung über die Strafrechtsnovelle bei den nächsten Wahlen gegen die Liberalen zu verwerthen (von der Absicht, die nationalliberale Partei zu sprengen, erwähnt die „Berl. Aut. Korr." nichts), indessen wird dies Bestreben zugleich als ein überwundener Standpunkt oder als eine Unmöglichkeit hingestellt. Die „BAC." äußert sich deshalb über die Lage der Strafrechtsnovelle ziemlich gleichmüthig, indem sie schreibt:

Der politische Theil der Vorlage hat durch den einstimmigen Spruch des ganzen Hauses sein Verdikt erhalten und es ist deshalb sogar die Möglichkeit (!) ausgeschlossen, die ursprünglich ins Auge gefaßt zu sein schien, aus dem Verhalten der liberalen Parteien zu diesen Vorschlägen eine **Wahlprobe** zu entnehmen. Wenn wirklich die Absicht bestanden hat, die gegen die liberale Partei erhobene Beschuldigung, daß sie nicht dazu beitragen wolle, die öffentliche Gewalt im Kampf mit den sog. kulturfeindlichen Parteien zu verstärken, in dem Geräusch der Wahlagitation zu Gunsten der konservativen Partei auszunutzen, so haben die Vertreter dieser Partei im Reichstage diesen Plan unmöglich gemacht, indem sie selbst sich der Zurückweisung jener Vorschläge angeschlossen haben. Der übrige Inhalt der Strafrechtsnovelle scheidet sich naturgemäß in solche Vorschläge, welche Mängel der Strafrechtspflege betreffen, die dringend der Abhülfe bedürfen und noch in dieser Session der Abhülfe fähig sind, und in diejenigen Vorschläge, bei denen weder das eine, noch das andere zutrifft. Der erste Berathungstag hat bereits ein Bild dessen geliefert, was in dieser Session erledigt werden kann, was definitiv zurückgewiesen und was nothwendiger Weise wegen mangelnder Zeit zur Prüfung vertagt werden muß, wenn nicht unsere Rechtsentwickelung in einer unangemessenen Eile dauernden Nachtheil erleiden soll. Es verwirklicht sich also in der Verhandlung die Vorstellung, welche wir uns von vorn herein vom Gange der Verhandlung gemacht haben.

Dieselbe nationalliberale Korrespondenz stellt „die Aussichten der Session" wie folgt dar:

Durch die Vertagung der Reichstagsverhandlungen über Weihnachten und Neujahr hinaus gewinnt die Aussicht auf Annahme des **Hilfskassengesetzes** Bestand, vor Weihnachten wäre dasselbe sicher nicht mehr zur Verhandlung gekommen und damit, wenn die Session vor dem Feste geschlossen worden wäre, zu Boden gefallen. Die mit Rücksicht auf den für nahe gehaltenen Schluß der Session gebotene Eile hat die Erstattung eines schriftlichen Berichtes über dieses wichtige Gesetz unmöglich gemacht. Es kann derselbe während der Ferien nachgeholt und die Plenarverhandlung darüber im neuen Jahre dann mit aller Sorgfalt geführt werden. Einen viel längeren Zeitraum als 14 Tage wird der Reichstag im neuen Jahre nicht versammelt sein und diese Zeit reicht auch hin, um den Rest der Vorlagen in aller Bequemlichkeit zu erledigen und selbst den Initiativanträgen der Mitglieder und den Petitionen gerecht zu werden. Ein viel längerer Zeitraum darf nicht in Anspruch genommen werden, weil spätestens Anfang Februar in Preußen und Baiern die Landtage ihre Thätigkeit aufnehmen müssen und dieselben nicht gleichzeitig mit dem deutschen Reichstage ihre Verhandlungen führen können; es wird deshalb das verfassungsmäßig vor Mitte Januar einzuberufende preußische Abgeordnetenhaus während der Zeit, wo es gleichzeitig mit dem Reichstage versammelt ist, wie man annimmt, wohl seine Thätigkeit aussetzen. — Von der ursprünglichen Meinung, daß der Reichstag vor Weihnachten geschlossen werden würde, haben die drei **Schutzgesetze** insofern Nutzen gezogen, als dadurch ein Druck auf ihre schnelle Annahme ausgeübt worden ist. Bei manchem Punkt ist in Folge dessen schnell eine Verständigung der divergirenden Ansichten herbeigeführt worden, die bei minderer Eile sonst eine viel längere Zeit zur Ausgleichung bedurft hätten; manches Amendement ist freilich dabei zu kurz gekommen, dem von seinem Urheber ein gewisser Werth beigelegt wurde. Indessen kommt es bei diesen Gesetzen nicht sowohl auf den Wortlaut jeder einzelnen Bestimmung wie darauf an, daß dieselben überhaupt zu Stande kommen, da es sich dabei um Gesetze handelt, die sich erst durch die Erfahrung bewähren sollen, und andererseits die deutschen Künstler und Industriellen auf's Dringendste wünschen, daß endlich einmal eine gesetzgeberische Maßregel auf diesem Gebiete vor sich gehe. Ob die einzelnen Bestimmungen mehr oder minder zweckmäßig getroffen sind, darüber lassen sich im Voraus nur Vermuthungen anstellen; sowohl im positiven wie im negativen Sinne scheint überhaupt diesen Gesetzen mehr Werth beigelegt zu werden, als hinterher wahrscheinlich in der Praxis sich herausstellen wird.

Um das **gleichzeitige Tagen** des Reichstages und des preußischen Landtages nach dem 15. Januar ohne große Kollisionen zu ermöglichen, nimmt man, wie der „Nat.-Ztg." mitgetheilt wird, in Aussicht, den letzteren nach der Konstituirung bezw. Bildung der Budgetkommission auf 14 Tage zu vertagen. Von Vorlagen, welche für den letzteren bestimmt sind, bezeichnet man jetzt mit Bestimmtheit Gesetze über Kompetenz der Verwaltungsbehörden, über eine Städteordnung und für ein späteres Stadium der Session über die Normen der Kommunalbesteuerung.

Die halbamtliche „Prov.-Korresp." äußert sich zur Abänderung des Art. 15 des **Münzgesetzes** wie folgt:

Die Außerkurssetzung der Zweithalerstücke ist in nicht ferner Zukunft in Aussicht zu nehmen, da die mit gutem Erfolge im Gange befindliche Einziehung derselben den in Umlauf befindlichen Betrag bald auf einen Umfang zurückgeführt haben wird, welcher die rasche Aufräumung desselben unbedenklich erscheinen läßt. Dagegen läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, wann die Außerkurssetzung der Einthalerstücke möglich sein wird, da der Umfang ihres Umlaufs jedenfalls sehr beträchtlich ist und ihre verfrühte Außerkurssetzung den Verkehr in der empfindlichsten Weise schädigen würde. Der Uebergang zur reinen Goldwährung ist jedoch unter Vermeidung der mit der plötzlichen und völligen Außerkurssetzung der Einthalerstücke verbundenen Gefahren dadurch zu beschleunigen, daß dem Bundesrath die gesetzliche Ermächtigung ertheilt wird, die im Umlaufe befindlichen Einthalerstücke den Reichssilbermünzen gleichzustellen. Durch eine solche Maßregel würde nicht nur die Goldwährung unmittelbar in Kraft gesetzt, sondern es würde zugleich die Möglichkeit geboten werden, ohne gefahrvolle Experimente den wirklichen Bedarf an Reichssilbermünzen festzustellen, innerhalb dieses Bedarfs die Einthalerstücke zu Reichssilbermünzen umzuprägen, den darüber hinausgehenden Betrag aber gänzlich einzuziehen. Der Zeitpunkt, wenn diese Maßregel einzutreten hat, würde späterer sorgfältiger Erwägung des Bundesraths vorbehalten bleiben.

Dann zitirt das halbamtliche Organ über diese beabsichtigte Maßregel aus einem Artikel der „Voss. Ztg." über „die Münzreform im letzten Stadium" Nachstehendes:

„Der jetzt dem Reichstage unterbreitete Vorschlag ist ein glänzender Beweis, wie vortrefflich die gewaltige **Reform gelungen** ist, nämlich so gut, daß ihr Tempo beschleunigt werden muß und wir zu eilen haben, um sie in möglichst kürzester Frist zu Ende zu bringen. Als wir damit an das Werk gingen, gab es Schwärmer für die Doppelwährung, auch treue Anhänger an die Silberwährung. Allein sie konnten nicht erhört werden, die Thatsachen schritten über sie hinfort zur einfachen Goldwährung und haben sie widerlegt. Schwierig war nur der Uebergang zu bewerkstelligen, in welchem sich nothwendig eine faktische Doppelwährung gestalten mußte. Allein mit etwas blindem Lärm sind wir gnädig genug darüber hinfort gekommen, und die anfangs in der Ausführung etwas zögernde Hand der Reichsbehörden greift jetzt kräftig zu, dem Mittelzustande ein Ende zu bereiten.

Das Münzgesetz von 1873 giebt dem Bundesrath die Befugniß zur Außerkurssetzung der Landesmünzen, allein er war dann auch verpflichtet, sie in gegebener Frist einzulösen. Das konnte er nur in dem Grade der Beschaffung von Reichsmünzen, allein, obwohl diese mit der Zeit verstärkt worden ist, wird doch noch viel Zeit verstreichen, ehe für die ganze Nation genug neue Münze vorhanden ist. Es ist schon viel Landesmünze eingezogen, zuerst mecklenburgisches, hanseatisches, Gulden und allerlei veraltetes Geld, am wenigsten noch im **Thalergebiet**, und dieses ist theils wegen der Größe des Gebietes und seiner intensiveren Handelsthätigkeit, theils wegen des bequemeren Gebrauches statt des **Markgeldes** für die Durchführung der Goldwährung das Gefährlichste. Die Einziehung der Thaler kann wegen ihrer vorläufigen Unentbehrlichkeit auf der einen Seite noch nicht angeordnet werden, während auf der anderen Seite die in ihnen liegende Gefahr für die Goldwährung bis zu ihrem Verschwinden nicht fortbestehen kann. In dieser Lage nun schlägt der Bundesrath vor, den Thalern bis zur Einziehung den **Charakter** von Reichssilber-, d. h. von Scheidemünze zu geben, von der Niemand mehr als zwanzig Mark in Zahlung zu nehmen verpflichtet ist. Das wird sich nur im großen Verkehr bemerklich machen, ist aber besonders bei den Behörden wichtig. Bei diesen werden die Thaler mehr und mehr einbehalten werden und zur Umwandlung in Markgeld in die Münzen wandern. Auch tritt die Maßregel nicht sofort ein, sondern es bleibt dem Bundesrath der Termin ihrer Ankündigung vorbehalten und dann soll noch eine Frist von drei Monaten bis zur Giltigkeit verlaufen.

— — „Die Goldprägung ist im vollsten Schwunge, und so flott gegangen, daß sie bis zum 2. Oktober 8325½ Zentner fein Gold in 1192½ Millionen Mark Geld verwandelt hatte. Das ausgewanderte Gold ist zurückgekehrt, der Goldmarkt bleibt für Deutschland anhaltend günstig, das Bankgesetz schließt sich mit Beginn des neuen Jahres der Münzreform an, die Reichswährung tritt zum 1. Jan. für ganz Deutschland in Kraft, und es ist nunmehr ein verhältnißmäßig leichtes Ding, auch die Reichsgoldwährung in den ersten Monaten des neuen Jahres zum Abschluß zu bringen. Dazu soll eben das Gesetz über Abänderung des Art. 15 des Münzgesetzes dienen.

„Niemals vielleicht", sagt Bamberger in seiner lesenswerthen Schrift vom Reichsgold, „hat ein großer Staat eine so kühne und so große Finanzoperation unternommen, wie das deutsche Reich es mit dieser Reform gethan hat. Die vielgerühmte und auch wohlgeleitete Beschaffung der französischen Milliarden war zu unserem Problem verglichen etwas Leichtes, weil viel Einfacheres". Deutschland kann sich außerdem gratuliren, daß es mit der Reform vorangegangen ist, der nothgedrungen bald alle europäischen Staaten mit ihren Kolonien und Nordamerika werden folgen müssen. Sie hätte nicht kostbar genug erkauft werden können, und wenn wir sie mit den zehn bis zwanzig Millionen Thalern bezahlt hätten, auf die sie zu Bundestagszeiten geschätzt wurde, so wäre das nicht zu viel gewesen und wir hätten uns der Ausgabe nicht entziehen können. Nun haben wir dieselbe nicht blos gespart, sondern hatten bis Ende 1874 ein Münzgewinn von 14¼ Millionen Mark, der sich allmälig wohl aufzehren, vielleicht auch in einen kleinen Zuschuß verwandeln wird, wovon als Endergebniß aber immer ein sehr geringer Preis für die Reform bleibt."

Die „Nordd. Allg. Ztg." enthält folgendes Dementi:

In einigen Blättern findet sich die Behauptung, daß der **rumänische Finanzminister** der Deputirtenkammer das Budget für 1876 mit einem großen Defizit vorgelegt habe. Demgegenüber sind wir ermächtigt in aller Form zu erklären, daß die vom Minister gemachte Budgetvorlage sich, den Ankündigungen der auch von uns mitgetheilten Thronrede gemäß, im vollkommensten Gleichgewicht befindet.

Deutschland.

△ **Berlin,** 16. Dezember. Die letzten Verhandlungen der **Generalsynode** haben fast die Gewißheit ergeben, daß das schwierige Werk der Gründung der Selbstständigkeit für die evangelische Kirche gelingen werde (?), zumal da auch der Kultusminister mit Entschiedenheit die Zuversicht ausgesprochen hat, daß auch im Landtage das in der Generalsynode vereinbarte Werk die Zustimmung finden werde. Man darf dort allerdings noch lebhaften Kämpfen entgegensehen, aber die Mehrheit auch der liberalen Partei wird gewiß die Verantwortung für das Scheitern des bis dahin geführten Werkes nicht auf sich nehmen wollen. Auch die lebhafte Mitwirkung von Männern wie Miquel u. A. in der General-Synode giebt eine gewisse Bürgschaft dafür. Uebrigens sind auch unter denen, welche ihres Gewissens halber für die Schlußbestimmungen nicht stimmen zu können glaubten, Viele, welche offen ihre Genugthuung über das endliche Zustandekommen der evangelischen Kirchenverfassung aussprechen. — In Hannover durfte bisher auf Grund einer älteren Anordnung keine öffentliche **Lustbarkeit** während der ganzen vierten Adventswoche abgehalten werden. Durch eine jüngst ergangene Allerhöchste Ordre ist das Verbot fortan auf den 24. und 25 Dezember beschränkt. — Es wird jetzt allseitig konstatirt, daß in der Angelegenheit des **Stadtgerichtsdirektors Reich** von einer Denunziation Seitens eines von den Zeitungen genannten Kammergerichtsraths durchaus nicht die Rede gewesen ist. Es ist das um so erfreulicher, als die Angelegenheit von pessimistischen Seiten bereits vielfach ausgebeutet wurde, um ein trübes Licht auf die sittlichen Zustände in der Beamtenwelt zu werfen. Ein hiesiges Blatt brachte noch kürzlich einen Leitartikel voll sittlicher Entrüstung und mit Zitaten aus Tacitus über die angebliche Denunziation aus richterlichen Kreisen. Man darf wohl fragen, ob die öffentliche Moral nicht auch die Anforderung stellt, daß die Presse nicht auf bloße dunkle Gerüchte hin Personen und Gesammtzustände so scharf angreife, vielmehr erst eine gewisse Klärung und Feststellung der thatsächlichen Unterlagen abzuwarten habe.

DRC. **Berlin,** 16. Dezember. Wie wir von zuverlässiger Seite vernehmen, hat der Geschichtsschreiber Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, Thomas **Carlyle**, seitens des deutschen Reichskanzlers, Fürsten **Bismarck**, ein sehr herzliches Glückwunschschreiben zu seinem achtzigsten Geburtstage erhalten. Herr Carlyle soll dies Glückwunschschreiben als sein werthvollstes Geburtstags-Angebinde bezeichnen und in dem betreffenden Dankschreiben seiner unbedingten Sympathie mit der staatsmännischen Aktion des Reichskanzlers auf allen Gebieten einen fast bewundernden Ausdruck geben. — Wie es nun heißt, liegt es in der Absicht des Präsidenten der **General-Synode**, die Verhandlungen derselben, wenn möglich, schon morgen zu beschließen und nicht blos morgen bei Tage eine Sitzung abzuhalten, sondern falls es nicht möglich werden sollte, in derselben die Vorlage durchzuberathen, dann eine Abendsitzung zu Hülfe zu nehmen. Uebrigens soll die etatsmäßige für die Bedürfnisse der Synode ausgeworfene Summe nicht nur durch die entstandenen Ausgaben bereits erschöpft, sondern um ein bedeutendes — namentlich durch die zahlreichen Druckarbeiten und ähnliche Ausgaben — überschritten sein, so daß schon im nächsten Etat des preußischen Kultusministeriums unter den außerordentlichen Ausgaben desselben ein nicht unerheblicher Posten für Nachforderungen zu Synodalzwecken figuriren wird.

⊙ **Berlin,** 16. Dezember. [**Reichstag.**] Daß das Haus ermüdet ist und deshalb den Redestrom hemmt, bewies auch die heutige Sitzung. Es war doch keine leere Phantasie des Fürsten Bismarck, wenn dieser einmal behauptete, es lasse sich das Reichsbudget in zwei bis drei Tagen durchberathen. Der Militäretat wurde im Wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. Abweichend davon wurden nur die Kosten für den Transport zweier Garde-Regimenter zu den Manövern, welche im Herbst 1876 bei Berlin stattfinden sollen, bewilligt. Dies Resultat erfolgte wohl zumeist, weil man wußte, wie lebhaft der Kaiser sich für die Bewilligung der Summe interessire. Eine einigermaßen anregende Diskussion entwickelte sich nur bei dem Antrage der Budgetkommission auf Streichung der Besoldung für die Stellen eines Landwehr-Brigade-Kommandeurs und der berühmt gewordenen 50 aktiven Stabsoffiziere für die Landwehrbezirks-Kommando's, in welcher der Abg. Eugen Richter den Standpunkt der Budgetkommission mit Nachdruck vertrat. Die Vermehrung der Landwehr-Bezirkskommandeure wurde abgelehnt und damit die rosigen Hoffnungen auf ein großes Avancement in den Hauptmanns-Chargen vernichtet. Uebrigens reichte die fünfstündige Tagessitzung doch nicht hin, um die zweite Berathung des Budgets zu Ende zu führen, und man mußte deshalb zu einer Abendsitzung seine Zuflucht nehmen. Im Uebrigen beruht die **glänzende Seite der Budget-Verhandlung darin, daß keine Forderung der Regierung** wegen bedrückter Finanzverhältnisse zurückgewiesen wurde, daß alle Ansprüche des Etats, insofern sie sich **gerechtfertigt** haben, genehmigt und die Befriedigung in dem Nachweis vorhandener Bestände herbeigeführt worden ist.

— Am 14. Dezember, Abends 6 Uhr, ist, wie schon erwähnt, im fast vollendeten 64. Lebensjahre der Ober-Staats-Anwalt beim Obertribunal Dr. **Oppenhoff** gestorben. Der Verstorbene, welcher vor Kurzem wegen Kränklichkeit beurlaubt wurde, war lange Jahre hindurch Mitglied der Justiz-Prüfungs-Kommission, aus welcher Stellung er erst in jüngster Zeit zurücktrat. In juristischen Kreisen wurden die wissenschaftlichen Verdienste, welche sich der Verstorbene durch seine Kommentare zum Strafgesetzbuch erworben, allgemein anerkannt. Die Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft beim Obertribunal widmen ihm im „Staatsanz." folgenden Nachruf:

Durch den am 14. Dezember erfolgten Tod des Ober-Staats-Anwalts Dr. Oppenhoff, ihres ältesten Mitgliedes, hat die General-Staatsanwaltschaft einen schweren Verlust erlitten. Ein treuer Diener des Staats, ein durch Reichthum der Kenntnisse wie durch Schärfe des Urtheils ausgezeichneter Jurist, eine hervorragende Autorität auf dem Gebiete des preußischen und deutschen Strafrechts, war Dr. Oppenhoff für uns ein hochgeschätzter Mitarbeiter, der durch die ge-

diegene und streng sachgemäße Behandlung aller amtlichen Angelegenheiten, durch unermüdlichen Eifer und durch bereitwilligste Mittheilung seiner Erfahrungen und Kenntnisse sich unsere vollste Hochachtung und Liebe erworben hat. Sein Andenken wird bei uns ein bleibendes sein.

Oppenhoff gehörte der katholischen Kirche an. Mit Bezug darauf schreibt die „Germ.“: „Er war ein warmer überzeugungstreuer Katholik, der aus seinem Glauben und der Anhänglichkeit an seine Kirche kein Hehl machte und diese seine religiöse Ueberzeugung in Wort und That auch nach Außen hin mit ruhiger, aber fester Entschiedenheit vertrat.“

R. I. P.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 16. Dezember. Im Fortgang der Berathung des Reichsheeretats ergriff nach der mitgetheilten Rede des Abg. Richter das Wort

General-Major v. Voigts-Rhetz, derselbe wiederholt die Motive, die bereits der Etat enthält: Der Bezirk des bisherigen Reserve-Landwehr-Bataillons (Berlin) Nr. 35 gehört zum Bezirke der 11. Infanterie-Brigade, welcher außerdem 2 Infanterie-Regimenter und 4 Landwehr-Bataillons-Bezirke unterstellt sind. Die Abhaltung des Aushebungs- und des Invalidengeschäfts, die Aufsicht über die Kontrole des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve erster Klasse, sowie über die Mobilmachungsvorbereitungen in 4 Landwehr-Bataillons-Bezirken legen den Brigade-Kommandeuren bereits eine derartige Geschäftslast auf, daß sie denselben neben ihren Obliegenheiten als Truppen-Kommandeure nicht immer ohne Schwierigkeiten genügen können. Allein ihre Abwesenheit zum Ober-Ersatzgeschäft in 4 Landwehr-Bataillons-Bezirken dauert ca. 8 Wochen. Alle vorerwähnten, auch den übrigen Brigade-Kommandeuren obliegenden Pflichten werden durch den Hinzutritt des Bezirks Berlin für den Kommandeur der 11. Infanterie-Brigade vervierfacht. Denn am Ersatzgeschäft in Berlin nehmen 30 bis 40,000 Militärpflichtige Theil und in Kontrole befinden sich ca. 1900 Offiziere und 60,000 Mann. Der Kommandeur der 11. Infanterie-Brigade kann neben der Sorge für die ihm unterstellten Truppen und übrigen Bezirks-Kommandos und neben der Theilnahme an den Herbstübungen dem Bezirke Berlin eine genügende Thätigkeit nicht widmen, obwohl gerade im letzteren, als dem bevölkertsten Landwehr-Bezirke des Reichs ein vollkommen ordnungsmäßiger Betrieb des Ersatz- und Kontrolgeschäfts von höchster Wichtigkeit ist. Eine Abzweigung des Bezirks Berlin von demjenigen der 11. Infanterie-Brigade wird hiernach unabweisbares Bedürfniß und nur in der Art ausführbar, daß der Bezirk Berlin einen eigenen Brigade-Kommandeur erhält.

Bundesbevollmächtigter v. Kameke: So wenig Aussicht ich habe, nach den gefallenen Erklärungen einen Erfolg zu erzielen, so muß ich doch im Namen der Heeresverwaltung dem Reichstage keine Forderung vorlegen, von deren absoluten Nothwendigkeit sie nicht überzeugt ist. Ich will von den aktiven Stabsoffizieren für die Bezirkskommando's sprechen. In der Kommission ist von dem Regierungskommissar aus der Kriegsbereitschaft unserer Nachbarstaaten nachgewiesen worden, daß wir bei der ersten Mobilisirung auf die Aufstellung von Landwehrbataillonen reflektiren müssen. Ich will die gegebenen Auseinandersetzungen nicht wiederholen. Von früheren Etatsbewilligungen wissen Sie, daß wir Landwehrbataillone aufstellen. Ich kann nicht zugeben, daß die Heeresverwaltung die Fortschritte in der Kriegsbereitschaft unserer Nachbarn zu genau folgen, aber wohl, daß wir nicht jeder auswärtigen Veränderung oder Verstärkung quantitativ folgen können. Um so mehr aber tritt dann die Pflicht heran, das Aufgestellte qualitativ auf das Beste auszustatten. Unsere Landwehrbataillone enthalten nun unsere kräftigsten Mannschaften, aber zugleich den bürgerlich werthvollsten Theil. Um so mehr hält es die Heeresverwaltung für eine Pflicht, für die in die Bataillone eingereihten Männer derart zu sorgen, daß sie in keiner Beziehung hinter die Linienbataillone zurückstehen. Es sind daher die für diese Bataillone vorhandene Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung aufs Neueste und Beste eingerichtet. Es ist dafür gesorgt, daß sie Führer haben und wo ein Mangel stattfinden sollte, wird sich aus der Linie Aushilfe schaffen lassen. Nur die Spitze fehlt diesen Bataillonen, der Bataillonskommandeur; diese zu schaffen ist der Zweck des gegenwärtigen Antrages. Die Heeresverwaltung glaubte es eben nicht verantworten zu können, Bataillone von solchem Werth für den Staat ohne Führer von vollständig körperlicher Befähigung ins Feld zu schicken. Es handelt sich nicht nur um kriegerische Ausbildung von vortrefflichem Material, sondern gleichzeitig um Erhaltung desselben, damit nicht der Offizier im Kriege [illegible] Erfahrungen mit dem Bataillon macht und so die Leiden des Krieges erhöht werden. Ich bitte also um Annahme der Vorlage. Man hat gesagt, die inaktiven Bezirkskommandeure hätten sich so eingelebt, daß man sie ungern missen werde und daß es unzuträglich wäre, wenn nach dem Abmarsch des aktiven Kommandeurs in den Krieg ein unaktiver Kommandeur eintritt. Wir haben diese Gründe vor der Stellung des Antrages erwogen, aber wir glaubten, daß die zu erwartenden Vortheile die Nachtheile bedeutend überwiegen. Die etatsmäßigen Stabsoffiziere werden nur in den Ersatzbataillonen verwandt werden. Auch andere Vorschläge, die gemacht wurden, schienen unannehmbar und wenn Sie die Position heute ablehnen, so wird sie die Militärverwaltung nothwendiger Weise wieder vorlegen müssen; ich empfehle Ihnen die Regierungsvorlage zur Annahme.

Nachdem der Referent darauf aufmerksam gemacht hat, daß der Kriegsminister nicht für die bestimmt vorgelegte Maßregel, sondern nur im Allgemeinen für die Führung der Landwehr durch aktive Offiziere und auch nur von ähnlichen, nicht denselben im nächsten Jahr zu erwartenden Vorschlägen gesprochen hat, werden die Vorschläge der Kommission gegen die Stimmen der Konservativen, denen sich bei der Abstimmung über die Stelle des Landwehr-Brigadekommandeurs für Berlin die deutsche Reichspartei und einige Nationalliberale wie v. Bennigsen, Simson, v. Benda, v. Schulte und Bamberger anschließen, genehmigt.

Bei dem Etat für die Militärärzte weist der Abg. Löwe darauf hin, daß nach der Verordnung vom Februar 1873 die Militärärzte, entsprechend den übrigen Offizieren der Armee das ihrer Charge entsprechende Gehalt erhalten sollen, daß aber von den Generalärzten nur zwei und von den Stabsärzten kein einziger das Gehalt seiner Charge erhält. Wenn für das Sanitätscorps, nachdem es nur mit Mühe die äußere Anerkennung der Rangstufen erlangt hat, die die anderen Offiziere der Armee längst haben, nicht die Gehälter entsprechend normirt würden, so würden nicht die besten Elemente unserer Aerzte in die Armee treten; die auf den Militärschulen gebildeten Aerzte liefern aber nicht die für die Armee nöthige Anzahl. Die häufigen Versetzungen der Militärärzte nach anderen Garnisonen machen eine dauernde Zivilpraxis und den aus einer solchen entspringenden Nebenverdienst unmöglich. Auch fehlt den unteren Chargen der Militärärzte die wünschenswerthe, mit dem Gefühl der größeren Verantwortlichkeit verbundene Selbständigkeit, um im Kriegsfalle das Sanitätscorps zur vollen Verwerthung zu bringen, eine Selbständigkeit, die nach der Ausbildung und der Tüchtigkeit der Militärärzte ruhig gewährt werden kann. Die Kommission hat ein Eingehen auf diese Uebelstände abgelehnt, weil keine Petitionen der Betheiligten vorlagen. Notorisch besteht unter denselben eine Mißstimmung und nur im Interesse des Dienstes und aus Ehrgefühl haben sie bis jetzt Petitionen unterlassen. Redner ersucht die Reichsregierung, die nach Zeitungsnachrichten die Vorschläge der Militärverwaltung zur Besserung der Lage der Militärärzte abgelehnt haben soll, den gerügten Uebelständen in dem nächsten Etat abzuhelfen.

Präsident Delbrück bestätigt, um der Militärverwaltung gerecht zu werden, daß die Reichsregierung diesbezügliche Vorschläge der Militärverwaltung abgelehnt hat. Dies ist deshalb geschehen, weil in dem Reichshaushaltsetat für 1876 überhaupt vermieden worden ist, kategorienweise Gehaltserhöhungen stattfinden zu lassen, und weil ein nicht unerheblicher Theil der Militärärzte ein mehr oder minder einträgliches Nebeneinkommen hat.

Abg. Dr. Zinn: Es fehlt dem Reichskanzleramt für diese Sache jeder sachverständige Beirath, und da dasselbe nur die hartnäckigst vertheidigten Forderungen der Militärverwaltung zu bewilligen gewohnt ist und zu diesen diese Forderung jedenfalls nicht gehört hat, so ist die Sachlage zu erklären. Ein Offizier der Truppe, der vom 19. bis zum 55. Lebensjahre dient, erhält eine größere Pension, als das Gehalt eines Sanitätsoffiziers beträgt, der bis zum 80. Lebensjahr dient. Bei Märschen bis zu zwei Meilen muß der höhere Sanitätsoffizier zu Fuß folgen, bei größeren erhielt er früher von der Gemeinde ein Pferd gestellt, dessen Qualität ihn der Lächerlichkeit preisgab und in Gefahr seines Lebens brachte, während er jetzt ein einspänniges Gefährt gestellt erhält, dessen Beschaffenheit der des früheren Pferdes gleicht und das zu benutzen großentheils unmöglich ist. Solches würde man nie einem gleichaltrigen Offizier der Truppe zumuthen. Weshalb bekommt ein Oberstabsarzt erster Klasse mit Majorsrang 4800 Mark, der Infanteriemajor dagegen 5400 Mark? Weshalb ist die Höhe des Gehalts des Arztes im Range eines Hauptmanns erster Klasse abhängig von der Ernennung zum Regimentsarzt? Warum werden nicht so viele Oberstabsarztstellen erster Klasse kreirt, als die Verordnung von 1873 besagt? Bestimmungen, wie die thatsächliche, daß, wer an Epilepsie zu leiden behauptet, auf eigene Kosten drei glaubhafte Zeugen zu stellen hat, erregen in medizinischen Kreisen peinliche Heiterkeit, die in der deutschen medizinischen Wochenschrift in drastischer Weise Ausdruck gefunden hat. Das Beharren der Reichsregierung auf der eingeschlagenen Bahn wird das Sanitätswesen schwer und nachhaltig schädigen.

Abg. Richter: Nachdem erst unlängst eine allgemeine Erhöhung sämmtlicher Gehälter der Beamten im Heere stattgefunden, halte ich es nicht für angemessen, für eine einzelne Kategorie eine Zulage zu beantragen. Eher wäre es zu erwägen, ob nicht die Zahl der Militärärzte überhaupt zu vermindern sein möchte, da thatsächlich in vielen großen Garnisonsstädten die Militärärzte für ihren speziellen Dienst sehr wenig beschäftigt sind. Die Positionen dieses Kapitels werden bewilligt.

Bei Kap. 25 „Naturalverpflegung“ wird angefragt, weshalb die Militärverwaltung nicht dazu schreite, den Bestand der Haferrationen zu einem Theil durch Mais zu ersetzen. Gegenwärtig stehe der Zentner Mais auf 6,30 Mark, der Zentner Hafer aber 8,60; werde im gesammten Heere der Hafer zu einem dritten Theil — diese Mischung habe sich als die zweckmäßigste erwiesen — durch Mais ersetzt, so ergäbe das eine Ersparniß von nicht weniger als 1,452,000 Mark. Werde hiervon ca 400,000 Mark für den Ausfall von Stroh abgerechnet, so verbleibe immerhin noch eine Ersparung von 1,000,000 Mark. Die Sache sei mithin von nicht geringer finanzieller Tragweite.

Ein Kommissar der Militärverwaltung erwidert: die Regierung hat bereits vor Jahren die Frage der theilweisen Maisfütterung einer sorgsamen Prüfung unterzogen. Sowohl die praktischen Versuche im Heere wie die theoretischen im Laboratorium haben allerdings ergeben, daß der Mais denselben Nährwerth wie der Hafer besitzt. Indeß sind die Preisangaben des Vorredners keineswegs zutreffend. Es sind die Transportkosten außer Acht gelassen, die, sei es, daß der Mais aus Ungarn über Pest oder aus Italien bezogen wird, sehr beträchtliche sind. Nach den londoner Marktpreisen kommt der Mais sogar höher zu stehen, als der Hafer. Ein finanzieller Vortheil ist sonach für jetzt von der Einführung einer solchen Maßregel nicht zu erwarten, wenn auch die Sache wohl verdient im Auge behalten zu werden. — Die Positionen werden bewilligt.

Eine Diskussion erhebt sich demnächst nur noch bei den einmaligen Ausgaben und zwar bei der Position „Neubau des Kasernements für die von Pirna nach Dresden zu verlegenden zwei Eskadrons des Garde-Reiterregiments erste Rate (150,000 Mark)“.

Die Kommission beantragt, die hier geforderten 150,000 Mark zu streichen und die folgenden Resolutionen anzunehmen: 1) den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstag den Plan der königlich sächsischen Regierung vorzulegen, wonach die im Reichseigenthum befindlichen militärischen Etablissements von Dresden durch Neubauten daselbst ersetzt werden; 2) zu erklären: Indem der Reichstag den Titel in der vorliegenden Form ablehnt, spricht er seine Bereitwilligkeit aus, bei Prüfung des vorbezeichneten Planes auch die Frage in Erwägung zu ziehen, ob zur Ausführung jener Neubauten mit Rücksicht auf etwaige Garnisonverstärkungen in Dresden aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren seien.

Referent Abg. Wehrenpfennig: Bei der Kommissionsberathung über diese Position stellte sich nach Mittheilung eines Kommissions-Mitgliedes heraus, daß der hier uns zur Bewilligung vorgelegte Titel bereits einmal von den sächsischen Ständen bewilligt worden sei! (Hört! links.) Während wir nicht anders denken konnten, als daß es sich um einen selbstständigen Kasernenbau für zwei Eskadronen handele, stellt es sich plötzlich und ganz zufällig heraus, daß nur ein Zuschuß zu einem auf sächsischen Antrag erfolgten größeren Bau für das ganze Regiment zu leisten sei. Nach den Erklärungen des sächsischen Kriegsministers v. Fabrice, welcher den Sitzungen der Kommission auch beiwohnte, bestand ursprünglich der Plan, eine Kaserne für ein ganzes Regiment zu bauen, die bewilligten Summen reichten dazu nicht aus und man fand sich vor der Alternative, entweder den Bau zu sistiren oder vom Reichstage die Bewilligung der Summen zu verlangen, welche zur Kasernirung auch dieser beiden Eskadrons nöthig sind. Es handelt sich also darum, daß ein großer Komplex von Terrain und Gebäuden, welcher nach dem Reichseigenthumgesetze dem Reiche gehört, an Sachsen zurückfallen soll und daß Sachsen selbst dagegen diese Etablissements stellt, wobei sich die sächsische Regierung

---

Interimstheater.

„Hamlet, Prinz von Dänemark“, hatte am Donnerstag das Theater sehr ansehnlich gefüllt. Wir irren wohl nicht in der Annahme, daß sich im Publikum auch ein großer Theil Derjenigen befand, welche der neulichen Vorlesung des Stücks durch Herrn Gustav Müller beiwohnten. Man war wohl neugierig zu sehen, wie der Künstler die Gestalt Hamlets plastisch vorführen würde, die er in ansprechender Weise vor das geistige Auge seiner Zuhörer zu stellen gewußt hatte. Außerdem kam es dem Theater zu Statten, daß das Meisterstück des großen Briten seit langen Jahren nur in der Theaterbibliothek angetroffen werden konnte. Wir machen der Direktion übrigens keinen Vorwurf daraus, daß sie derartig schwierige Aufführungen nur selten, und gewöhnlich nur durch Gastspiele veranlaßt, versucht. Da unsere Verhältnisse in erster Reihe die Kultivirung des leichteren Genres bedingen, ist es natürlich, daß höheren Aufgaben nur schwer entsprochen werden kann.

Herr Gustav Müller spielte den Hamlet im Ganzen so, wie er ihn kürzlich vorlas; natürlich verlangte die Darstellung eine stärkere Farbengebung als die Vorlesung. Sie bekundete Verständniß des Dichters und Bühnengewandtheit. Hier und da überwog freilich der rhetorische Pathos, aber im Ganzen kann man sagen, es war eine lebensvolle und lebensfähige Gestalt. Mit Geschick veranschaulichte der Künstler den durch den jeweiligen Wechsel der Situation bedingten, oft jähen Wechsel der Stimmungen oder auch nur der Lebensäußerungen Hamlets — ein Moment, das wir schon bei der Besprechung der betreffenden Vorlesung anzuerkennen hatten. Unterstützt wurde die Darstellung durch lebhaftes Mienen- und Geberdenspiel. Das Publikum folgte derselben mit Interesse und ließ es an Beifall und Hervorruf nicht fehlen.

Die einheimischen Künstler bemühten sich nach Kräften und leisteten, was nach Lage unserer Verhältnisse geleistet werden kann. Im Besonderen sind Frl. M. Herwegh, welche als Ophelia in der Wahnsinnsszene Erfolg hatte, Frl. F. Herwegh als Königin, sowie die Herren Cruse (König), Winguth (Polonius), Groth (Horatio), Brose (Laertes) und Frey (Geist) zu nennen. Das Stück war im Uebrigen sehr zusammengestrichen, was für unsere Bühne nothwendig, aber für manche Shakespeare-Verehrer befremdlich gewesen sein mag.

E.

Homers Odyssee.

Uebersetzt und erklärt von Wilhelm Jordan.

Unter dem vielen guten Alten, welches diesmal in neuem Gewande auf dem Weihnachtsmarkt erscheint, dürfte Homers Odyssee in der Gestalt, welche ihr Wilhelm Jordans Uebersetzung gegeben hat, die erste Stelle einnehmen. Der Dichter und Rhapsode des großen nationalen Doppelepos der Nibelungen hat vor allen andern Uebersetzern Homers die genaueste Kenntniß der epischen Kunst voraus, denn diese Kenntniß kann in ihrer ganzen Größe und Tiefe nur der rhapsodirende Dichter erwerben. Eben derselbe Dichter aber hat schon früher als Uebersetzer sophokleischer sowie shakespearischer Dramen eine seltene Fähigkeit bewiesen, große Dichtungen aus tiefster Ergründung ihres Geistes und Wesens heraus in der Muttersprache lebendig nachzuschaffen. Jetzt ist Jordan dem Gipfel dieser Kunst sehr nahe gekommen. Die Einleitung zu der Uebersetzung und einzelne Anmerkungen und die Uebersetzung selbst, sie zeigen, daß er die einzig wahren Grundsätze der Uebersetzerkunst nicht nur in ihrem ganzen Umfang erfaßt, in all ihren Konsequenzen durchgedacht hat, sondern daß er auch in ihrer Anwendung ebenso entschieden als sicher ist.

Wir Deutschen thun uns schon seit Menschenaltern etwas darauf zu Gute, daß wir fast allein unter den Völkern der Neuzeit die Dichterwerke des Alterthums in einer Nachbildung ihrer metrischen Form und in anschmiegsamer Wiedergabe ihrer feineren stilistischen Eigenheiten übersetzen können. Wenn wir aber statt der durch die Natur unserer Sprache gegebenen Fähigkeit die Leistungen ins Auge fassen, so finden wir nur wenige Werke, auf die wir stolz sein dürfen. Die meisten jener Uebersetzungen dagegen sind Zerrbilder der Originale, geschmacklose und seelenlose Nachäffungen, griechisch-deutsch oder lateinisch-deutsch, und schon deshalb nicht Poesie, nicht genießbar. Der Odyssee hat anfangs ein besseres Glück gelacht. Joh. Heinrich Voß hat sie 1781 mit gründlichem Verständniß der fremden Sprache, mit ausgedehnter Herrschaft über die eigene, maßvoll in Worttreue und in Neubildungen, mit einem Worte, nicht unwürdig und nicht unwirksam übersetzt.

Dann aber hat er leider jene Bahn verlassen und das zuerst, trotz einer gewissen hausbackenen Derbheit, wahrhaft poetische Werk in jeder neuen Bearbeitung durch sklavische Buchstabentreue, durch peinliche Nachbildung des Zufälligen, immer unpoetischer und ungenießbarer gemacht. Sein Prinzip war das von Fr. A. Wolf ausgesprochene: die Wirkung des Originals sollte dadurch erreicht werden, daß es in allen Einzelheiten von Wort, Rhytmus und Klang auf's Genaueste nachgebildet wurde. Diese Forderung läßt sich aber nur zum Schein erfüllen, da in unserer Sprache und der griechischen zwei verschiedene Anschauungswelten liegen, und diesem trügerischen Scheine von Treue kann nur auf Kosten der wahren Treue d. h. der Erregung der Empfindungs- und Anschauungsweisen des Originals erreicht werden. Da Voßens Nachfolger im günstigsten Falle jenes Prinzip nur in der Anwendung gemildert haben, keiner mit ihm gebrochen hat, so ist die Wirkung der ersten Odysseeübersetzung nie wieder erreicht worden.

Jetzt endlich haben wir ein Werk erhalten, das auch jene Arbeit von 1781 in fast jedem Sinne weit übertrifft: eine klassische deutsche Odyssee. Jordan hat festgestellt, daß wir höchstens für den fünften Theil des homerischen Sprachsatzes deckende deutsche Ausdrücke aufzutreiben vermögen; er hat schärfer, als irgend jemand vor ihm das Wesen und den Umfang der „poetischen Störung“ erkannt, in Folge deren der Dichter nicht genau das sagt, was er an der betreffenden Stelle sagen will; er hat den ausgedehnten Bereich des Zufalls nachgewiesen und das Gebiet des Gleichwerthigen bestimmt, auf welchem im Original metrische Gründe, also solche, die für den Uebersetzer nicht maßgebend sind, bei der Wahl des Ausdrucks den Ausschlag geben.*) Durch diese Erkenntniß vor allem, hat er einen sehr großen Spielraum für berechtigte Abweichungen vom Wortlaute des Originals gewonnen und sich die Möglichkeit geschaffen, den griechischen Text zugleich feiner und genauer seinem wahren Gehalt nach „auszuschöpfen „und sich mit einer beinahe vollkommen sprachlichen Freiheit zu bewegen. So hat er es denn in der Hauptsache erreicht, was er erstrebte; er hat „uns das vollendetste Epos des Alterthums“ zu eigen gemacht in einer Gestalt, die an vergnüglicher und erbaulicher Poesie der des Vorbildes, an schlichter Faßlichkeit und herkömmlichem Ausdruck einer deutschen Originaldichtung nahe kommt.“ Im Einzelnen freilich wird sein Stil und vor allem seine Wortwahl nicht selten befremden, meistentheils durch Schuld des Lesers, der seine eigene Sprache zu wenig kennt oder mit alexandrinischer Pedanterie der poetischen Diktion zu enge Grenzen zieht, hie und da auch durch Schuld des Dichters, der nicht ganz frei ist von einer gewissen Neigung zum Absonderlichen. Aber wenn man, wie man dies muß das Ganze des Stils ins Auge faßt, so dürfte man zu dem Ergebnisse kommen, daß der einheitliche und durchaus der Dichtungsart wie dem Geiste des Originals entsprechende Guß dieser Sprache fortan einen jeden Versuch einer neuen Uebersetzung dieses Gedichtes als eine Verwegenheit erscheinen lassen muß. Daraus entspringt die Berechtigung, das Werk, wie ich dies gethan habe, klassisch zu nennen.

Das Epos, welches Jordan so für unser Volk wiedererobert hat, wird von keiner Dichtung des Alterthums an Volksthümlichkeit, ja, wenn ich den Ausdruck wagen darf, an Menschenthümlichkeit übertroffen. Es steht uns in seiner Natürlichkeit, seiner bescheiden sich verbergenden Kunst, seinem sittlichen Ernst und seiner Milde näher als irgend ein anderes Werk der Vorzeit, unsere eigenen mittelhochdeutschen Epen nicht ausgenommen. Deshalb haben es nicht nur die Dichter von klassischer Richtung geliebt, ihre Seele in ihm getränkt und aus seiner Fülle befruchtende Bäche in ihre Poesie geleitet, sondern auch die Modernsten der Modernen: Byron, Heine, Freiligrath, sind ihm treu geblieben. Es wird ein herzerfreuender Beweis für die Bildung des Geschlechtes unserer Tage sein, eines Geschlechtes, dem man so vielfach dumpfe Lesewuth und rohen Stoffhunger vorwirft, wenn die Odyssee in dieser Gestalt wieder ein verbreitetes Haus- und Familienbuch wird. Niemand wird das Buch lesen, mit Ernst, Andacht und Ausdauer lesen, ohne mit Heine einzustimmen in den Preis des „alten ewig jungen“ Liedes,

„Aus dessen meerdurchrauschten Blättern
Uns freudig entgegensteigt
Athem der Götter,
Und der leuchtende Menschenfrühling,
Und der blühende Himmel von Hellas.“

A. Brieger.

---

*) Der Rezensent kann es nicht unterlassen, hier beiläufig zu erklären, daß er Herrn Jordan in seiner Auffassung der Entstehung der Odyssee nur bedingt und theilweise beistimmt, und daß er gegen die Behauptung, Homer übertrete gelegentlich alle Gesetze seines Versbaues und zerdehne zahlreiche Wortformen völlig unwillkürlich, eben so entschieden protestirt, wie gegen den allerdings verbreiteteren Irrthum, als ob es im Griechischen für Poesie und für Prosa ein verschiedenes Betonungsgesetz gäbe. Für die Begründung dieser Proteste ist hier nicht der Ort.

eigenthümlicherweise auf den § 8 des Reichseigenthumsgesetzes beruft. Ich würde Sie ersuchen sowohl die in Rede stehenden 150,000 Mark zu streichen, als auch die von der Kommission beantragte Resolution anzunehmen.

Bundeskommissar Major a. D. Plantz kann versichern, daß das Abkommen, das über diesen Gegenstand zwischen der sächsischen Militärverwaltung und dem sächsischen Staat getroffen wurde, bereits vor Erlaß des Reichseigenthumsgesetzes geschah. Die sächsische Regierung wird übrigens die zur Beurtheilung der Sachlage nöthigen aufklärenden Aktenstücke auf Verlangen dem Reichstage gern zur Verfügung stellen.

Nachdem die Abg Günther (Sachsen) und Krause den Sachverhalt des Baues der in Rede stehenden Kasernen aus näherer Kenntniß dargelegt und hervorgehoben, daß der Sache keineswegs, wie es den Anschein habe, ein Geschäft auf Kosten des Reichs zu Gunsten des Staates Sachsen zu Grunde liege, vielmehr durch den betreffenden Bau der Militärverwaltung des Reiches allein Vortheil erwachse, bemerkt.

Abg. Richter (Hagen): Das Verhalten des sächsischen Kriegsministeriums in dieser Angelegenheit ist auf's schärfste zu tadeln. Man hat uns in einer ganz falschen Annahme gelassen, und nur durch eine anonyme Mittheilung aus Dresden an ein Mitglied der Budgetkommission ist der wahre Sachverhalt ans Licht gekommen. Es wirft das außerdem ein eigenthümliches Licht auf den Scharfblick, mit dem die Etats der Einzelstaaten im Reichskanzleramt kontrolirt werden.

Die betreffende Position des Titels 21 wird hierauf mit großer Majorität vom Hause gestrichen und die von der Kommission beantragten beiden Resolutionen angenommen.

Seitens der Budgetkommission liegt ferner der Antrag vor, die Summe von 55,320 M. für Eisenbahn Transportkosten behufs Heranziehung des 3. Garde Regiments zu Fuß und des 4. Garde-Grenadier-Regiments Königin zu den Herbstübungen des Gardecorps zu streichen. Der Referent motivirt den Antrag mit Hinweis darauf, daß die beiden Regimenter bisher mit den Truppen des 10. resp. 8. Armeecorps manövrirt hätten. Der Kriegsminister bittet um Bewilligung der Summe, da sich das Bedürfniß herausgestellt hat, die Regimenter mit dem Gros des Gardecorps operiren zu sehen; mit Rücksicht hierauf sind auch die Abgg. Dr. Lucius (Erfurt) und Rickert gegen den Kommissionsantrag, der vom Abgeordneten v. Adelebsen mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs empfohlen wird. Da die Abstimmung durch Probe und Gegenprobe zweifelhaft bleibt, so bedarf es einer Zählung der Stimmen, welche die Bewilligung der Position mit 150 gegen 104 Stimmen ergiebt. (Gegen dieselbe stimmt das Zentrum, die Fortschrittspartei und wenige Mitglieder der nationalliberalen Partei, wie Oppenheim und Hölder.)

Bei dem Kapitel: „Außerordentliche Zuschüsse" werden schließlich ohne Widerspruch folgende von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolutionen angenommen:

1) Die Erwartung auszusprechen, daß künftig nicht ohne vorherige Genehmigung des Reichstages die für eine bestimmte Kasernirung angewiesene Bausumme zu anderweitigen Kasernementszwecken ganz oder theilweise verwendet werden.

2) Die Militärverwaltung zu ersuchen, künftig dem Etat eine Uebersicht der für im Bau begriffenen Kasernen erwachsenen und voraussichtlich noch erwachsenden Kosten sowie über die für Kasernenbauten bereits bewilligten und noch reservirten Beträge mitzutheilen, auch die Forderungen für Kasernenbauten durch ausführliche Darlegung der Garnisonsverhältnisse und die Bestimmung der etwa verfügbaren werdenden Kasernements zu vervollständigen.

Damit ist die zweite Berathung des Militär-Etats erledigt. Um 4 Uhr wird die Sitzung aufgehoben, um 7½ Uhr Abends fortgesetzt zu werden.

Abendsitzung.

7¾ Uhr. Am Tische des Bundesraths: Delbrück mit verschiedenen Kommissarien.

Die zweite Lesung des Budgets wird fortgesetzt und zunächst der Etat des Reichstages nach einigen Bemerkungen der Abgg. v. Stauffenberg und v. Bahl, die sich nur auf dessen formelle Aufstellung beziehen, bewilligt.

Das Kapitel 66 der Ausgaben im Ordinarium, welches die Kosten der Verzinsung der Reichsschuld mit im Ganzen 3,592,700 Mark aufführt, ist in der Budgetkommission einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen worden, deren Resultat in dem Vortrage des Referenten Richter (Hagen) eine verständliche Motivirung findet. Die Anträge der Budgetkommission bezwecken hier eine Absetzung von nicht weniger als 850,000 Mark, und diese ebenso wie 2 Millionen Mark, welche die Kommission aus dem Ueberschusse des Jahres 1875 in dem Etat für 1876 als Einnahme einzustellen beantragt, bieten mit eine wesentliche Handhabe, das Gleichgewicht im Budget zu erhalten, ohne die Matrikularbeiträge erheblich erhöhen oder die neuen Steuern bewilligen zu müssen. — Präsident Delbrück glaubte der Geschicklichkeit volle Anerkennung widerfahren lassen zu können, mit welcher die Budgetkommission einen eigenen Finanzplan dem der Reichsverwaltung gegenüber gestellt hat, er hat indessen gegen denselben um so gewichtigere Bedenken, als seine Durchführung voraussichtlich die Veranlassung für ein ungewöhnlich hohes Defizit im Etat des Jahres 1877 sein wird. Dennoch glaubt die Finanzverwaltung des Reiches den Finanzvorschlag der Kommission nicht von der Hand weisen zu sollen, sondern ist bereit, den Versuch zu machen, damit zu wirthschaften. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern geben dem Referenten Richter Gelegenheit zu einer Replik, in welcher er die Prophezeihung eines erheblichen Defizits im Etat für 1877 mit Rücksicht auf den steigenden Charakter dieser Einnahmen zurückzuweisen sucht.

Als Mehr-Einnahmen hat die Kommission ferner in den Etat eingestellt: 1) ein Plus beim Gewinn der Ausprägung der Reichsmünzen, sowie bei sonstigen Einnahmen aus der Münzreform von 2,400,000 M.; 2) an Zinsen vom Festungsbaufonds 360,000 M. und vom Reichseisenbahnbaufonds 600,000 M.; 3) aus den Zinserträgnissen der französischen Kriegsentschädigung bis zum Ablauf des Jahres 1875 3,000,000 Mark. Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Referenten Richter werden diese sämmtlichen Positionen nach den Anträgen der Budget-Kommission genehmigt.

Eine von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution zu erklären: „Die verspätete Vorlage des Etats in diesem Jahre hat es nicht ermöglicht, den Etat auch in Bezug auf die gegen das Vorjahr vielfach veränderte Form der Aufstellung überall einer eingehenden Prüfung zu unterziehen; aus den zustimmenden Beschlüssen des Reichstages zum Etat kann daher nicht gefolgert werden, daß er die festgesetzte Form überall auch für die Etatsaufstellung im nächsten Jahre zur Anwendung gebracht wissen will", findet ebenfalls die Zustimmung des Hauses.

Die Etats des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsinvalidenfonds passiren ohne Diskussion. Die Gesetz-Entwürfe über die Brau- und Börsensteuer werden hierauf ohne Diskussion verworfen. (Für die letztere Steuer stimmen die Konservativen.)

Damit ist die zweite Berathung des Budgets und der damit in Zusammenhang stehenden Vorlagen beendet bis auf die definitive Feststellung der Matrikularbeiträge, die natürlich von der Feststellung der übrigen Einnahmen abhängig sind und nach dem Vorschlage des Präsidenten erst in der dritten Berathung festgestellt werden sollen.

Präsident Delbrück giebt freilich zu bedenken, daß es bis zum Sonnabend nicht möglich sein werde, die Matrikularbeiträge entsprechend auf die Bundesstaaten zu repartiren, weshalb die Vertheilung einer späteren Vorlage vorbehalten bleiben müsse, bei welcher Abg. Lasker die Rechte des Reichstages gewahrt zu sehen wünscht.

Das Etatsgesetz selbst wird nach wenigen Bemerkungen des Abg. Rickert als Referenten mit der alleinigen Abänderung angenommen, daß in § 3 der Reichskanzler ermächtigt wird, behufs Beschaffung eines Betriebsfonds zur Durchführung der Münzreform Schatzanweisungen bis zum Betrage von 53 Millionen Mark (statt 50 Mill Mark) auszugeben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 9½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Antrag Hasenclever, dritte Lesung der Gesetze über den Schutz von Mustern u. s. w., kleinere Vorlagen).

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 16. Dezember. 19. Sitzung. Präs. Graf Otto zu Stolberg eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Am Regierungstisch: Präs. Dr. Herrmann, Ober-Konsistorialrath Hermes, General-Superintendent Dr. Brückner, Ministerial Direktor Dr. Förster und Unter-Staatssekretär Dr. Sydow. Tagesordnung: Zweite Berathung der General-Synodalordnung nach den Beschlüssen in der ersten Lesung. In der General-Diskussion nehmen General-Superintendent Dr. Büchsel (Berlin) und Graf Rittberg (Glogau) das Wort. In der Synodal-Diskussion werden die §§ 1 und 2 unverändert genehmigt. § 3 bestimmt, daß es der kgl. Verordnung vorbehalten bleiben soll, Berlin und Umgebung aus dem Synodal-Verbande der Provinz Brandenburg auszuscheiden, eine besondere Stadtsynode Berlin einzurichten und die Vertheilung der Mitgliederzahl zu ordnen, welche demnächst die Synoden der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin nach dem Maßstabe der in ihnen vorhandenen evangelischen Bevölkerung in die Generalsynode zu entsenden haben.

Hierzu beantragen: 1) Hofprediger Dr. Kögel (Berlin) zu erklären, daß diese kgl. Verordnung erst nach Anhörung der brandenburgischen Provinzialsynode und der vierten berliner Kreissynode erfolgen soll. — 2) Superintendent Neumann (Strasburg Uk. M.) der kgl. Verordnung nicht die „Vertheilung" der Mitgliederzahl, sondern die „Feststellung" derselben zu überlassen, damit also die Möglichkeit offen zu lassen, daß die Zusammensetzung der Synode in anderer Weise erfolgen kann. Hofprediger Rogge (Potsdam) erklärt sich gegen den Kögel'schen Antrag. Es handle sich hier nicht um eine provinziale, sondern um eine landeskirchliche Angelegenheit, die man nicht der noch zweifelhaften Entscheidung der brandenburgischen Synode resp. den berliner Kreissynoden überlassen dürfe. — In ähnlichem Sinne erklären sich v. Voß (Halle) und Bötticher (Magdeburg), dann wird bei der Abstimmung § 3 mit den Anträgen Dr. Kögel und Neumann angenommen.

§ 4 wird nach kurzer Diskussion mit der Aenderung angenommen, daß am Schluß desselben statt des Wortes „Mission" das Wort „Aufgabe" gesetzt wird.

In § 5 hat bekanntlich die erste Lesung festgestellt, daß ein von der Generalsynode angenommenes Gesetz, bevor es dem Könige zur Genehmigung vorgelegt wird, zuerst die Erklärung des Ministers für die geistlichen 2c. Angelegenheiten erhalten müsse, daß gegen den Erlaß desselben von Staatsaufsichtswegen nichts zu erinnern sei.

Oberbürgermeister Miquel (Berlin) beantragt, statt der Worte „von Staatsaufsichtswegen" zu setzen „von Staatswegen", das viel präziser und klarer sei als jene wohl nur durch einen Irrthum in den Paragraphen gelangte Fassung. Dr. Kögel äußert sich in gleicher Weise, während Prof. Beyschlag und Hofprediger Bauer gegen die Aenderung ihr Bedenken aussprechen. Der § 5 wird darauf mit dem Amendement Miquel angenommen.

§ 6 bezeichnet diejenigen Punkte, welche ausschließlich der landeskirchlichen Gesetzgebung unterliegen sollen. Zu diesem Paragraphen beantragt Prof. Dr. Gierke (Breslau) den Passus, welcher von der interimistischen Handhabung der Disziplinargewalt bis zur anderweiten kirchengesetzlichen Regelung dieser Materie handelt, aus ästhetischen und materiellen Gründen zu streichen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, nachdem Wunderlich und Hermes sich dagegen ausgesprochen haben, und sodann § 6, sowie die folgenden §§ 7—8 ohne Diskussion nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Hinter § 8 beantragt Professor Dr. Gierke (Breslau) folgenden neuen § 8a einzufügen:

„Aenderungen der Kirchenverfassung in Bezug auf die Zusammensetzung oder die Befugnisse der Gemeindeorgane oder der Synoden können nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen in der Generalsynode beschlossen werden." „Sollen durch eine Verfassungsänderung die der landeskirchlichen Gesetzgebung in dieser Ordnung gezogenen Grenzen zum Nachtheil der Provinzialsynoden erweitert werden, so bedarf es überdies der Zustimmung einer Mehrheit der Provinzialsynoden". Oberbürgermeister Miquel befürwortet diesen Antrag, während sich Präsident Dr. Herrmann nur für Alinea 1 des Antrages ausspricht und Prof. Dr. Zöckler (Greifswald) den Antrag stellt, das Al. 2 zu streichen und im Al. 1 statt „oder der Synode" zu setzen: „oder der Kreissynoden und Provinzialsynoden". — Nachdem v. Kleist-Retzow, Wunderlich und Dr. v. d. Goltz (Bonn) sich über die Anträge geäußert, werden die Anträge Zöckler zu Al. 1 abgelehnt, Al. 1 des Antrages Gierke angenommen und Al. 2 desselben abgelehnt.

§ 9 wurde ohne Diskussion angenommen, die Berathung über § 10 einstweilen ausgesetzt. Die §§ 11—13 werden ohne Diskussion angenommen. — Bei § 14, der in der ersten Lesung in der Fassung, der Regierungsvorlage angenommen ist, erklärt sich v. Kleist-Retzow gegen die in Aussicht gestellte Besteuerung von Pfarrpfründen: Ober-Konsistorialrath Dr. Büchsel wünscht die vollständige Streichung des § 14. — Graf York v. Wartenburg beantragt in Al. 1 hinter dem Worte „können" einzuschalten „unbeschadet der Rechte Dritter." Nach längerer Debatte werden jedoch die Anträge Büchsel und Graf York abgelehnt und § 14 unverändert genehmigt. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung genehmigte sodann die Versammlung die §§ 15 und 16 bei § 17, der von der Wahrung der Einheit der Landeskirche handelt, liegt der Antrag des Dr. Gierke vor, den § 17 folgendermaßen zu fassen: „Der Generalsynode werden die von den Provinzialsynoden gefaßten Beschlüsse mit den darauf ergangenen Bescheiden behufs Wahrung der Einheit der Landeskirche vorgelegt." — Miquel befürwortet diesen Antrag der eine zu große Zentralisation vermeiden wolle. Präsident Dr. Herrmann spricht sich dagegen aus. Man wolle durchaus nicht zu scharfe Zentralisation. Was bisher in der Zentral-Abtheilung des Kirchenregiments erledigt worden sei, werde in Zukunft von den Generalsynoden erledigt werden. — Nachdem noch Professor Gierke seinen Antrag vertheidigt, wird derselbe bei der Abstimmung verworfen und § 17 in der Fassung der Reg.-Vorlage angenommen.

§ 18 wird nach kurzer Diskussion, an der sich die Herren Dr. Köstlin, Dr. Erdmann u. Präs. Dr. Herrmann betheiligen, mit der Aenderung angenommen, daß er die Ueberschrift: „Verhältnisse zu anderen Kirchengemeinschaften" erhält und daß der erste Satz in Zukunft lautet: „Die Generalsynode nimmt Kenntniß von den Beziehungen der Landeskirche zu den übrigen Theilen der deutschen evangelischen Kirche des In- und Auslandes 2c." — § 19 wurde ohne Debatte genehmigt.

§ 20 erhält auf Antrag des Schulrath Dr. Schrader u. Gen. folgende Fassung: „Die Generalsynode wählt am Schlusse ihrer Verhandlungen ferner auf die Synodalperiode von sechs Jahren achtzehn Mitglieder, welche zusammen mit dem Vorstande den Synodalrath bilden. Von den Gewählten müssen je drei den Provinzen Preußen, Brandenburg und Sachsen, je zwei den Provinzen Pommern, Schlesien, Westfalen und der Rheinprovinz, eines der Provinz Posen, angehören. Die Funktion des Synodalraths endet mit der Eröffnung der nächsten ordentlichen Generalsynode (§ 25). — Für die Mitglieder des Synodalraths werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersteren zur Funktion berufen werden. — Falls eine Schließung der Synodalversammlung (§ 20) erfolgt, bevor der Synodalrath gewählt ist, bleibt der bisherige Synodalrath bestehen."

Hierauf wird die Debatte auf morgen Vormittag 10 Uhr vertagt. Schluß 4¾ Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Dezember

— Die Nachricht auswärtiger Blätter, daß der ehemalige Kommandeur der berliner Schutzmannschaft, jetzige Strafanstalts-Direktor Patzke, aus dem Staatsdienste zu scheiden beabsichtige, ist, wie uns mitgetheilt wird, vollständig unbegründet. Derselbe wird vielmehr, nachdem der Bau der Strafanstalt in Rendsburg, den er geleitet hatte, vollendet ist, mit dem 1. Januar k. J. wiederum als Direktor der Strafanstalt zu Rawitsch in Funktion treten.

r. **In der Rothholz'schen Bauangelegenheit** ist, wie bereits mitgetheilt, der Magistrat auf seine Beschwerde an das Staatsministerium über die Entscheidung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe abschläglich beschieden worden. Der Wortlaut des Bescheides ist folgender:

Berlin, den 30. November 1875

Aus der an das kgl. Staatsministerium gerichteten ressortgemäß an mich abgegebenen Vorstellung vom 16. d. M., in welcher über die von mir in der Bauangelegenheit des dortigen Kaufmanns Rothholz unter dem 23. v. M. getroffene Entscheidung Beschwerde geführt wird, hat, wie dem Magistrat bei Rückgabe der vorgelegten Situationsskizzen erwidert wird, ein Grund zur Abänderung dieser Entscheidung nicht entnommen werden können. Auf Grund des von der kgl. Regierung daselbst erstatteten Berichts hat eine wiederholte eingehende Prüfung des Sachverhältnisses stattgefunden. Die in dem Erlasse vom 11. August d. J. enthaltene Annahme, daß durch den mit dem p. Rothholz unter dem 18. August v. J. abgeschlossenen Vertrag die polizeilichen Interessen angemessen geregelt worden seien, hat sich dabei als nicht zutreffend erwiesen. Nach dem Ergebniß der stattgehabten Prüfung hat vielmehr, obwohl dabei insbesondere auch die von dem Magistrat vorzugsweise geltend gemachten Bedürfnisse des Verkehrs der Schuljugend ihre volle Würdigung gefunden haben, aus dem in dem Erlaß vom 23. Oktober d. J. angeführten Gründen nicht anerkannt werden können, daß die Versagung der von dem p. Rothholz nachgesuchten polizeilichen Erlaubniß zur Anlegung von Kellereingängen und Läden durch Interessen, welche die Staatsregierung zu wahren hätte, geboten sei. Aus diesem Grunde hat ganz unabhängig von dem, dem Magistrat aus dem Vertrage vom 18 August v. J. wider den p. Rothholz etwa zustehenden Privatrechts-Anspruche die Beschwerde desselben wegen Versagung der nachgesuchten polizeilichen Erlaubniß für unbegründet nicht erachtet werden können.

gez. Achenbach.

— **Schachklubb.** In der gestern im Dümke'schen Restaurationslokale unter dem Vorsitz des Herrn Rittergutsbesitzer Schulz stattgefundenen statutengemäßen General Versammung wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Nachdem der Rendant Rechnung gelegt und Decharge erhalten, wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und zwar: Herr Gutsbesitzer Schulz als Vorsitzender, Herr Apotheker Elsner als stellvertretender Präses, Herr Julian Schott als Schriftführer und Herr Buchhändler Levysohn als Kassirer. Nachdem die Versammlung als Vereinslokal den kleinen Saal bei Herrn Schwersenz bestimmt hatte und eine kleine Abänderung der Statuten vereinbart worden war, wurde noch beschlossen, eine regere Betheiligung dieses jungen Instituts anzubahnen, und werden Anmeldungen bei dem Rendanten des Vereins Herrn Buchhändler Levysohn, Markt 85, entgegengenommen. Schließlich wurde dem Vorstand für sein bisheriges Wirken gedankt und damit die stark besuchte Versammlung geschlossen.

— **Schullehrer-Wittwen-Fonds im Reg.-Bezirk Posen.** Nach amtlicher Bekanntmachung betrug das zinsbar belegte Kapital-Vermögen des Fonds ultimo 1874 432,514 Mark 70 Pf. Die Einnahmen beliefen sich in demselben Jahre auf 125,717 M. 94 Pf., die Ausgaben auf 111,659 M. 47 Pf. (darunter an Pensionen 46,756 M.) Die Zahl der pensionsberechtigten Wittwen betrug ausgangs 1874 307, und die der Waisenfamilien 18.

Gefunden wurde ein Portemonnaie mit ca. 27 Mark, darunter ein Zwanzig Markstück, ein Fünf-Markschein 2c.

— **Polizeibericht.** Verloren: Am 10. d. M. ein Beutelportemonnaie mit 20 M. in Gold, 1 Fingerhut, 1 beschriebener Zettel; abzugeben Schützenstr. 32, part. Lehrer Igel. Am 11. d. M. ein Bisam-Pelzkragen im Werthe von 5 Thlr. Frau Apolonia Maczewska, Wasserstr. 27. Dieselbe bietet dem Finder eine angemessene Belohnung.

Diebstähle. Gestohlen wurde einem Maurer auf der Wilhelmsstraße von seinem Verkaufsplatze ein Christbaum, angeblich durch einen Arbeiter, welcher den Baum für 17½ Sgr. verkauft haben soll. — Gestohlen wurde einem früheren Oekonomen auf der Wallischei aus unverschlossenem Raume ein schwarzes Umschlagetuch mit rother Kante. — Verhaftet wurde ein Arbeitsbursche, welcher gestern bei einem Schankwirthe einen silbernen Theelöffel und 2 neusilberne Kaffeelöffel entwendet hat. Der Bursche hat die Löffel an eine Frau auf der Krämerstraße verkauft. — Gestohlen wurde einem Dienstmädchen auf der Gr. Gerberstraße am 15. d. M. aus unverschlossener Küche ein schwarzseidenes und ein lila wollenes Kleid. — Einem Uhrmacher auf der Breslauerstraße sind durch seinen Lehrling ein silbernes Uhrgehäuse und diverses Handwerkzeug 2c. entwendet worden. Die Sachen sind bereits wieder herbeigeschafft.

○ ○ **Fraustadt,** 16. Dezember. [Ueber den Feldzug von 1812] hielt Herr Hauptmann Schubert gestern im wissenschaftlichen Verein einen zahlreich besuchten Vortrag. Die eigenthümliche Zusammensetzung der von Napoleon nach Rußland geführten Armee, in welcher auf je 9 Franzosen, 14 Ausländer kamen, die mangelnde Ausbildung und lockere Disziplin hatten an dem Zugrundegehen dieser Armee den meisten Antheil. Die Witterungseinflüsse waren keineswegs die ausschließliche Veranlassung. Diesen Gedanken führte der Vortragende unter Berücksichtigung der Zeugnisse zeitgenössischer Schriftsteller und reichen statistischen Materials durch und gab schließlich eine lebendige Schilderung des Rückzuges und der Auflösung der großen Armee.

△ **Pinne,** 16 Dezember. [Zur Volkszählung.] Das Ergebniß der am 1. d. M. in unserer Stadt stattgehabten Zählung ist nun nach genauer statistischer Feststellung Folgendes: Die Einwohnerzahl von Pinne, ohne die Vorstadt Pinne Dorf, beträgt im Ganzen 2259 Personen; davon sind 1049 männlich und 1210 weiblich. Hierzu kommt noch die erwähnte Vorstadt bestehend aus: 1) Pinne-Dominium mit 139 männlichen und 158 weiblichen Einwohnern; 2) Dabrowo-Forsthaus mit 3 männlichen und 7 weiblichen Bewohnern; 3) Pinne-Dorfgemeinde mit 98 männlichen und 112 weiblichen Personen. Die Summa der Einwohner von Pinne nebst Vorstadt beträgt demnach im Ganzen 2776 Seelen. Bei der Zählung im Jahre 1871 betrug die hiesige städtische Einwohnerzahl 2347, die der Vorstadt Pinne-Dorf 484. Mithin hat die hies. Bevölkerung seit letztgedachter Zeit um 55 Personen abgenommen. Auch ein sprechendes Zeichen für den abnehmenden Wohlstand unserer Stadt.

Σ **Schwerin a. W.,** 16. Dezember. [Selbstmord durch Gift.] Gestern kehrte der ehemalige Apotheker Kuhrt aus Naugard, ein Mann, der hier geboren und 52 Jahr alt ist, im hiesigen Hotel de Rome ein. Gegen Abend schrieb er zwei Briefe an seine beiden Söhne, von denen der ältere die Universität besucht, der jüngere erst 16 Jahre alt, schon in Prima eines Gymsiums sitzt, und übergab die Briefe der Post. Darauf schickte er zu seinem jüngeren Bruder, einem hiesigen Tischlermeister, den er seit 20 Jahren nicht gesehen hatte, und ließ ihn zu sich bitten. Derselbe erschien, trank mit ihm 2 Flaschen Wein, bemerkte aber, daß der Bruder weniger gesprächig und umgänglich war, als früher. Heut Morgen schickte der Tischler seine älteste Tochter zu seinem Bruder und erfuhr nun, daß sich der Apotheker vergiftet habe. Auf einem Zettel stand geschrieben, daß die 65 Thlr., welche er bei sich führe, zu seiner Beerdigung zu verwenden seien. Außerdem hatte der Verstorbene eine goldene Uhr bei sich und 4 goldene Ringe auf den Fingern. Mehrere Aerzte erschienen, aber ihre Bemühungen blieben fruchtlos.

Der Streit um den polnischen Volksbildungsverein in Posen.

Die häufigen Angriffe der ultramontanen Blätter gegen den polnischen Volksbildungsverein und die an der Spitze derselben stehenden Männer, welche der sogen. liberalen Partei angehören, haben endlich die Geduld des sonst so langmüthigen „Dziennik" erschöpft. Die von uns kürzlich erwähnte Korrespondenz im „Kuryer", worin mit der Bildung eines ultramontanen „Volksbildungsvereins" gedroht wurde, wenn sich der Verein nicht vollständig unter kirchliches Patronat stelle, veranlaßt den „Dziennik" zu einer energischen Abwehr. Wir entnehmen dem Artikel folgende Stellen:

Unsere Ultramontanen können es nicht leiden, daß sich irgend eine Institution, welche nicht die ihrige ist, um das Volk kümmere und seine Bildung wünscht. Sie sind ausschließlich dazu berufen, ihnen gebührt die Herrschaft über das Volk, wehe denjenigen, die in den Bereich ihrer Mission einzudringen wagen.... Von Zeit zu Zeit greifen sie die zum (Volksbildungs-) Verein gehörigen Personen stets mit denselben Geschossen der Verleumdung und Lügen an, auf die wir nie antworten, denn wir haben eine zu gute Vorstellung von unserer Bevölkerung um sie darüber aufzuklären, warum dies alles geschieht, zu hoch schätzen wir die Partei, zu welcher zu gehören wir die Ehre haben, um sie gegen diese Don Quixot'artige Kanonade zu vertheidigen, zu hoch schätzen wir uns schließlich selbst, um uns zum Schmutz herab zu erniedrigen und ihn als Abwehr gegen die Geschosse, die sie gegen uns aus verschiedenen Schlupfwinkeln werfen, zu benutzen.... Wir hofften, daß im schlimmsten Falle die Lage, in der wir uns befinden, der unerbittliche Druck auf unsere Nationalität, die Nothwendigkeit der gemeinschaftlichen Vertheidigung diese unverbesserlichen Opponenten zur Besinnung kommen lassen werde, daß die Einstellung des Kampfes unsererseits gegen eine Partei, welche durch ihre Fehler zum größten Theile die Katastrophe herbeigeführt hat, deren Folgen so schwer auf uns lasten, (!) auch bei ihnen den Wunsch nach Frieden erwecken würde... Aber nichts davon; wiewohl das Feuer rundherum das väterliche Vermögen anfaßt, schreien sie doch gegen diejenigen, welche zur Rettung eilen, anstatt mitzuretten, uneingedenk dessen, daß das Feuer der Vernichtung immer mehr um sich greift und daß nur gemeinschaftliche Kräfte und gemeinschaftliche Arbeit vor dem Untergange das retten können, was wir über alles lieben. — — Einige Zeit glaubten wir, daß es zu einer Verständigung kommen würde, der „Kuryer" meldete sogar, daß der Geistlichkeit der Beitritt zum Vereine gestattet ist. Aber nicht lange darauf sind wir aus diesem süßen Traume geweckt worden. Das Verbot ist aufrecht erhalten und aufrechterhalten zu einer Zeit, wo es an Händen zur Arbeit fehlt und dieses Verbot hunderte von fähigen und willigen Arbeitern, wie wir dies täglich erfahren, zur Unterthätigkeit verurtheilt. Wahrlich, ein trauriger, schmerzvoller Anblick! Dieser Streit zu Hause angesichts der Angriffe von Außen hat in der That etwas Tragisches.

Die Situation im polnischen Lager ist also kurz gesagt folgende: die polnische Partei kann ohne Geistlichkeit über die niederen Schichten und die Mittelklassen keinen maßgebenden Einfluß gewinnen, und die Geistlichkeit gewährt keine Hilfe, wenn sich die polnische Partei nicht entschließt, blindlings den Ultramontanen zu folgen. (Vgl. hierzu unsere Korrespondenz über den wissenschaftlichen Polenverein in Westpreußen.)

Ein wissenschaftlicher Polenverein für Westpreußen.

Aus Thorn wird uns über die Begründung eines polnisch-wissenschaftlichen Vereins unterm 16. d. Mts. Folgendes geschrieben:

Heute um ½1 Uhr begann die Berathung des Statuts für den neu zu bildenden polnischen wissenschaftl. Verein für Westpreußen. Nach dem Statutenentwurf soll der Verein die Denkmäler und die Ueberreste des Landes, welche sich auf die Vergangenheit Westpreußens beziehen, sammeln und gleichzeitig die Wissenschaften in der polnischen Sprache pflegen. Die Politik, religiöse und öffentliche Angelegenheiten sollen von den Berathungen des Vereins ausgeschlossen bleiben. — Es waren zwischen 40 bis 50 Mitglieder anwesend, darunter viele Geistliche und Aerzte.

Nachdem Bankdirektor Dr. Donimirski-Thorn sich des Weiteren über den Zweck des Vereins ausgelassen hat, schlug er zum Vorsitzenden Herrn v. Slaski vor, und nun begann die Berathung des Entwurfs.

Es wird in demselben der oben erwähnte Ausdruck „religiöse" auf den Antrag eines Geistlichen gestrichen.

In dem § über die alljährlich stattfindende Generalversammlung will Dekan von Polomski aus Briesen eine Einschaltung „nach vorangegangenem Gottesdienst." Dieselbe wird mehrfach bekämpft, doch v. Polomski kommt immer wieder darauf zurück und beruhigt sich erst, nachdem versprochen worden war, es werde dieser Antrag, verpflichtend für den Vorstand, in das Protokoll aufgenommen werden. Im Uebrigen wird der Statutenentwurf angenommen. Man schreitet zur Vorstandswahl. Bei der Wahl des ersten Präsidenten schwankt die Wahl zwischen Sigismund von Dzialowski in Mgowo, welcher bekanntlich der Anreger des Vereins ist und für denselben erhebliche Geldmittel bewilligt hat, und dem Landtagsabgeordneten Ignac v. Lyszkowski, welcher die Majorität erhält. Zum Vizepräsidenten wird Dekan v. Polomski-Briesen gewählt, zum Sekretär Dr. Kalinowski-Thorn und zum Rendanten Sigismund von Dzialowski. Dieser dankt der Versammlung für das Vertrauen, das sie in ihn setzt in der Erwartung, er werde die Geldangelegenheiten des Vereins fördern, aber er könne das Amt nicht annehmen. Man muß schließlich eine anderweite Wahl vornehmen und diese fällt auf v. Sczaniecki auf Nawra. Die Versammlung schließt um 5 Uhr. — Es waren etwa 40 Personen aus den Kreisen Berent, Stargardt, Loebau anwesend. Von Seiten der Geistlichen war es besonders v. Polomski, der sich viel an den Debatten betheiligte und dem Verein einen religiösen Stempel aufzudrücken suchte, welcher die Garantie giebt, daß die Gesellschaft nur echt jesuitisch-approbirte Wissenschaft treibe und den ultramontanen Weisungen gehorche. Die Wahl dieses Römlings zum Vizepräsidenten zeigt heut vielleicht weniger die Stärke der klerikalen Partei im Verein als vielmehr das Gefühl der Schwäche des Polonismus, welcher nicht das Selbstvertrauen besitzt, daß die polnische Partei ohne die katholische Klerisei etwas auszurichten vermag. (Vgl. hierzu unseren Artikel über den polnischen Volksbildungsverein in Posen.)

Das Uhrwerk des Verbrechers Thomas in Bremerhafen.

Aus Bernburg, 16. Dez., erhält die „Magd. Ztg." folgende Zuschrift, deren Inhalt bereits kurz telegraphisch gemeldet worden ist.

Bei der großen Theilnahme, welche die schreckliche Katastrophe, die sich so eben in Bremerhafen ereignet hat, überall hervorruft, gestatten Sie mir einige Thatsachen mitzutheilen, welche etwas Licht über die Veranlassung des Unglückes verbreiten und gleichzeitig den Beweis geben, daß der teuflische Urheber sich schon Jahrelang mit der Ausführung seines Projektes herumgetragen hat.

Einer unserer tüchtigsten und weit und breit als intelligenter Mechaniker anerkannter Thurmuhrenfabrikant, Herr J. Fuchs hier, kam zur Ostermesse des Jahres 1873 nach Leipzig und besuchte daselbst unter Anderem einen seiner Geschäftsfreunde aus Mohrstedt. Dieser theilte ihm mit, daß er sehr rentables Geschäft für ihn wisse, betreffend die sehr lohnende Ausführung eines mechanischen Werks, und gab ihm die Adresse eines Amerikaners mit Namen William Thomas, wohnhaft zu Leipzig, Augustusstraße 2.

Hier angekommen fand Herr Fuchs in schön eingerichteter Wohnung einen großen stattlichen Mann mit englischer Barttour, der ihn in gebrochenem Deutsch beauftragte, ein Schlagwerk zu konstruiren, welches 8 Tage gehen sollte. Die Ausführung dieser Arbeit seitens des Herrn Fuchs unterblieb aber damals, da ihm die Sprache des Auftraggebers fast unverständlich war und derselbe auch den Zweck des Mechanismus nicht genügend angegeben hatte.

Am 9. März kam der Amerikaner Thomas nach Bernburg zu Herrn Fuchs, theilte ihm mit, daß er in Wien gewesen wäre und daß man ihm dort sowohl, wie anderswo gesagt habe, daß nur Fuchs im Stande wäre, ein Werk, wie er es wünsche, auszuführen. Er verlange, daß die Uhr zehn Tage gehe, ohne Tickwerk, ganz geräuschlos arbeite und daß der Heber, welcher nach Ablauf der Uhr anschlage, die Kraft eines Hammers von 30 Pfund haben solle. Befragt über den Zweck der Uhr, erwiderte der Amerikaner, er habe in Amerika sehr viele Fabriken, vorzüglich in Seidenwaaren, und der neue Mechanismus solle auf einmal 1000 Faden zerreißen. Die Uhr müsse im April fertig sein. Den Preis stelle er seinem Ermessen ganz anheim. Der Amerikaner ließ auch zur besseren Verständigung eine Modell-Uhr zurück.

Am 20. April reiste Herr Fuchs mit seinem inzwischen vollendeten Werke nach Leipzig und traf in dem verabredeten Rendezvous, dem „Hotel Pologne", den Thomas richtig an. Letzterer prüfte das Werk nach allen Seiten, horchte mit der größten Sorgfalt, freute sich, daß die Uhr so geräuschlos arbeite und ließ den Heber spielen, dessen Niederschlag gleich dem eines Hammers von dreißig Pfund wirkte und zwar so stark, daß das Fournier des polirten Tisches, worauf die Uhr stand, absprang.

Die Uhr hatte, wie bestellt, einen Lauf von 10 Tagen, ein Meisterstück, dessen Ausführung dem Fuchs zum ersten male gelungen war, denn er hatte bis dahin nur Werke, welche höchstens acht Tage lang gingen, zu Stande gebracht. Statt der verlangten 100 Thlr. zahlte der Thomas 125 Thlr. und zwar 3 Stück 100-Markscheine und einen 25 Thalerschein.

Als jetzt nun eine telegraphische Depesche der „M. Ztg." den Namen des Missethäters, der das entsetzliche Unheil in Bremerhaven angerichtet hat e. nach Bernburg brachte, verglich Herr Fuchs denselben mit der vom Amerikaner ihm gegebenen Karte, fand die Namen gleichlautend und konnte nun nicht mehr im Zweifel darüber sein, welchem Zwecke seine Uhr gedient hatte.

So schrecklich nun auch die beispiellos teuflische Unthat in Bremerhafen ist so ist doch, möchte man fast sagen, bei allem Unglück noch ein Glück, daß die Explosion vorzeitig im Hafen stattgefunden hatte, denn wäre sie auf dem Meere erfolgt, so hätte das Unglück einen noch größeren Umfang genommen und die Fluten hätten auf immer das Schiff mit seiner Ladung und allen seinen Insassen begraben; es wäre dann auch niemals die Ursache der Explosion erforscht worden und der Verbrecher hätte, um seine hohen Prämien für seine versicherte Ladung weiter beziehen zu können, wohl noch öfter sein Höllenwerk wiederholt, denn er hatte bei Herrn Fuchs noch 20 solcher Uhrwerke in Bestellung gegeben, deren Ausführung jetzt natürlich unterbleibt. Die Modelluhr ist noch jetzt im Besitz dieses Uhrmachers der keine Ahnung davon haben konnte, welch schrecklichem Zwecke seine Kunstfertigkeit dienstbar gemacht wurde.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Sibirien und das Amurgebiet von Albin Kohn und R. Andree. (Leipzig, Verlag von Otto Spamer, zweite umgearbeitete Auflage.) Das vorliegende Werk ist ganz geeignet, unsere Theilnahme zu wecken. Je mehr Stimmen bisher in der europäischen Presse über das Vordringen Rußlands in Asien laut werden, desto weniger ist die Kenntniß jener ungeheuern Länderstrecken verbreitet, da sich bis jetzt nur wenige Reisende einer wissenschaftlichen Erforschung derselben unterzogen hatten. Dieser Mangel wird durch die fleißige und gründliche Arbeit der beiden genannten Verfasser wenigstens für das deutsche Publikum beseitigt. Das ganze Werk zerfällt in zwei Theile. Der erste derselben „Sibirien" ist von A. Kohn verfaßt, dem während einer siebenjährigen Internirung hinreichende Gelegenheit geboten wurde, sich mit den sibirischen Verhältnissen, der russischen Organisation, der Beschaffenheit und Bevölkerung des Landes vertraut zu machen. Der zweite Theil „Das Amurgebiet" wird von R. Andree behandelt, dessen Name wohl schon allein für eine gründliche und interessante Lösung der vorliegenden Aufgabe bürgt. Das ganze Werk erschließt, so zu sagen, eine neue unbekannte Welt im Osten. Wer sich unter Sibirien nur eine Eiswüste vorgestellt hat, lernt hier ein hochinteressantes, in Bezug auf Ethnographie, Vegetation, Klima und Kulturfähigkeit überaus merkwürdiges Land kennen. Der vorliegenden, sehr eleganten Ausgabe sind viele Illustrationen und eine genaue ethnographische Karte Sibiriens beigefügt. Indem wir uns eine ausführliche Besprechung aufsparen, können wir aus bester Ueberzeugung das vorliegende Werk zum Weihnachtstisch empfehlen. Jung und Alt wird daraus interessante Unterhaltung und Belehrung schöpfen.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 17. Dezember. Der Reichstag genehmigte die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des Artikels fünfzehn des Münzgesetzes, sowie den Schutz des Urheberrechts an Werken der bildenden Künste und Photographien, das Musterschutzgesetz und die Reichshaushaltsrechnung pro 1871 in dritter Lesung unverändert. Morgen: Dritte Etatsberathung.

Bremen, 17 Dezember. Die Zahl der in Folge der Explosion Gestorbenen beträgt bis jetzt über 80, die Gesammtzahl der Todten und Verwundeten nach weiteren Ermittelungen 200

(Beilage.)

Schroda, 14. Dezember 1875.

Bekanntmachung.

Die Chaussee-Hebestelle **Lubrze** auf der Schroda-Neustädter Chaussee soll vom 1. April 1876 ab auf ¾ Jahre, also bis zum 31. Dezember 1876 Nachts 12 Uhr, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Freitag,
den 7. Januar 1876,
Vormittags 11 Uhr,

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß eine Bietungskaution von 300 Mark zu bestellen ist und nur dispositionsfähige Personen zum Bieten werden zugelassen werden.

Die Verpachtungs-Bedingungen können während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Der Königliche Landrath.

Schroda, 13. Dezember 1875.

Bekanntmachung.

Die Chaussee-Hebestelle **Murzynowo** auf der Schroda-Neustädter Chaussee soll vom 1. April 1876 ab auf ¾ Jahre, also bis zum 31. Dezember 1876, Nachts 12 Uhr, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Freitag,
den 7. Januar 1876,
Vormittags 10 Uhr,

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß eine Bietungskaution von 300 Mark zu bestellen ist und nur dispositionsfähige Personen zum Bieten werden zugelassen werden.

Die Verpachtungsbedingungen können während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Der Königliche Landrath.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Chludowo** unter Nr. 6 (früher Nr. 32) belegene, den Wirth **Wojciech** und **Michalina**, geb. **Troka Adamski**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 7 Hektaren 54 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 92 M. 7 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 210 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,
den 18. Januar 1876,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Königl. Kreisgerichts hierselbst, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 1. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1876 wird die Bekanntmachung der Eintragungen:

a) in das Handelsregister,
b) in das Genossenschaftsregister,

durch
1. den Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger,
2. die in Bromberg erscheinende Bromberger Zeitung,
3. die in Posen erscheinende Ostdeutsche (Deutsche Posener) Zeitung,
und außerdem zu b auch noch
4. durch den öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtsblattes in Bromberg

erfolgen.

Die in Konkurssachen erforderlichen Bekanntmachungen werden in

a) der **Posener Zeitung,**
b) der Börsenzeitung,
c) der Bromberger Zeitung,

veröffentlicht werden.

Zur Bearbeitung der Handelssachen pro 1876 werden Herr Kreisrichter **Reichel** und der Herr Kanzlei-Rath **Przygode** bestimmt.

Lobsens, den 11. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Die Górczyner **Jagd** soll am 21. d. M., um 3 Uhr Nachmittag, plus licitando verpachtet werden.

Es wird gesucht ein **Gasthaus** zu pachten im Dorfe, gleich oder zum 1. April. Zu erfragen in der Expedition der Posener Zeitung.

Ein Gasthof, Restaurant oder Garten-Etablissement wird zu pachten gesucht. Reflektanten bitte ihre Bedingungen an die Exped. dies. Zeitung zur Weiterbeförderung zu senden unter E. N.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Posen

am 20. December 1875, Nachmittags 5 Uhr.

Gegenstände der Berathung.

1) Entlastung der Deposital-Rechnung pro 1871.
2) Desgleichen der Haupt-Armenkassen-Rechnung pro 1868.
3) Desgleichen der Knaben-Mittelschul-Rechnung pro 1872.
4) Antrag, betreffend die Bildung eines Betriebsfonds.
5) Feststellung des Etats für die Gasanstalt pro 1876.
6) do. = = Wasserwerke pro 1876.
7) do. = = Kämmerei-Kasse pro 1876.
8) Bewilligung der Mehrkosten bei Titel XII. 3 a. b. c. und bei Titel XII. Nr. 6 des Kämmerei-Etats.
9) Desgl. bei Titel IV. Nr. 6 des Kämmerei-Etats.
10) Bewilligung der Mehrausgaben für die Straßenreinigung pro 1., 2. und 3. Quartal c.
11) Wahl eines Gemeinde-Waisenraths.
12) Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Vorstehers für den 8. Armen-Bezirk.
13) Bewilligung der Mehrausgaben beim Haupt-Armen- und Krankenhaus-Etat pro 1875.
14) Bewilligung der Kosten zur Erweiterung der Gasrohrlegung im Sitzungssaale der Stadtverordneten.
15) Betreffend die Besoldungen der städtischen Lehrer hierselbst.
16) Persönliche Angelegenheiten.

Aufkündigung.

Bei der am 29. d. Mts. stattgefundenen 19. Verloosung der Obra-Bruch-Meliorations-Obligationen sind folgende Nummern gezogen worden.

Litt. A. über 500 Thlr.

Nr. 1. 4. 9. 28. 31. 33. 80. 168. 172. 188.

Litt. B. über 100 Thlr.

Nr. 20. 50. 75. 97. 117. 140. 157. 173. 218. 242. 269. 295. 305. 384. 387. 391. 458. 460. 463. 465. 473. 534. 566. 576. 618. 634. 635. 671. 699. 704. 720. 752. 768. 770. 771. 775. 807. 823. 827. 839. 847. 848. 861. 933. 946. 959. 976.

Litt. C. über 50 Thlr.

Nr. 5. 10. 54. 91. 109. 210. 223. 226. 234. 235. 245. 294. 330. 364. 369. 372. 374. 397. 402. 500. 503. 506. 529. 575. 601. 612. 628. 630. 641. 648. 675. 680. 737. 740. 770. 789. 808. 825. 855. 860. 888. 901. 905. 931. 932. 945. 969.

Die Eigenthümer dieser Obligationen werden hiermit aufgefordert, dieselben im coursfähigen Zustande nebst den Zinsscheinen Serie III Nr. 2 bis 16 am 1. Juli 1876 entweder bei der Obra-Meliorations-Kasse hierselbst oder bei den Bankhäusern der Herren **H. C. Plaut** in Berlin und Leipzig und **Hartwig Mamroth & Co.** in Posen und den Nennwerth dafür in Empfang zu nehmen.

Eine weitere Verzinsung findet nicht statt und wird der Werth für etwa fehlende Coupons an dem Kapitalbetrage gekürzt.

Zugleich werden die Inhaber der durch die früheren Verloosungen gekündigten und noch im Umlauf befindlichen Obligationen als:

Litt. B. Nr. 767, fällig gewesen am 1. Juli 1868 und abzuliefern mit den Zinsscheinen Serie II Nr. 6 bis 20.

Litt. B. Nr. 529. 755. — Litt. C. Nr. 240, fällig gewesen am 1. Juli 1871 und abzuliefern mit den Zinsscheinen Serie II Nr. 12 bis 20.

Litt. B. Nr. 835. 871., fällig gewesen am 1. Juli 1872 und abzuliefern mit den Zinsscheinen Serie II Nr. 14 bis 20.

Litt. C. Nr. 33., fällig gewesen am 1. Juli 1873 und abzuliefern mit den Zinsscheinen Serie II Nr. 16 bis 20.

Litt. A. Nr. 78. — Litt B. Nr. 177. 180. 508. 661. 880. — Litt C. Nr. 108. 228. 251., fällig gewesen am 1. Juli 1874 und abzuliefern mit den Zinsscheinen Serie II Nr. 18 bis 20.

Litt. B. Nr. 131. 247. 364. 608. 614. 662. 728. 743. 757. 779. 830. — Litt. C. Nr. 96. 101. 141. 236. 263., fällig gewesen am 1. Juli 1875 und abzuliefern mit dem Zinsscheine Serie II Nr. 20, an deren Einlösung hierdurch erinnert.

Kosten, den 30. November 1875.

Der Königliche Kommissarius für die Obra-Meliorationen,
Landrath **Delsa.**

Landwirthschaftliches Centralblatt für die Provinz Posen.

Vereinsorgan des landw. Provinzialvereins für Posen, des landw. Centralvereins für den Netzedistrikt, des landw. Hauptvereins im Reg.-Bez. Posen und des landw. Vereins der Kreise Kosten, Fraustadt und Kröben.

Redakteur: **Professor Dr. Peters.**

Abonnementspreis: vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf.
Insertionsgebühren: 20 Pf. pro Petitzeile.

Das landwirthschaftliche Centralblatt verfolgt den Zweck, zur Hebung und Förderung der Landwirthschaft nach ihrer technisch-praktischen, wissenschaftlichen und wirthschaftspolitischen Seite hin beizutragen, die Bedürfnisse und Wünsche derselben geltend zu machen und die Fortentwickelung des Vereinswesens zu fördern. Mit dem neuen Quartal beginnt das Centralblatt seinen vierten Jahrgang. Die bedeutende Verbreitung, welche das Blatt bereits erlangt hat, empfiehlt dasselbe auch zur wirksame Verbreitung von Inseraten.

Für Weihnachten!

Elegante Schaukelfauteuils, holzartig lackirt, fein vergoldete und gemalte Ofenschirme, fein verzierte Ofenschirmgestelle, zu Stickereien sich eignend, Blumentische und Ständer, Noten- und Zeitungs-Etagèren, Kleiderständer und Rechen, Kindermöbel aller Art 2c. 2c. (6745,55).

Wiener Eisen-Möbel-Fabrik,
Breslau, Königsstraße Nr. 3 (Passage) und Bahnhofstraße 22, parterre.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Schroda belegene, im Hypothekenbuche derselben unter Nr. 49 eingetragene, der **Agnes Wojciechowska** gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, soll im Wege der **nothwendigen Subhastation**

den 12. Januar 1876,
Vormittags 11 Uhr,

im Lokale des kgl. Kreisgerichts hierselbst versteigert werden.

Schroda, den 26. Oktober 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.

Vakante Lehrerstelle.

Die neu creirte III. Lehrerstelle bei der katholischen Schule in Altendorf ist sofort zu besetzen. Mit der Stelle ist ein Gehalt von 1200 Mark jährlich (einschließlich der Entschädigung für persönlichen Brennbedarf), ferner freie Wohnung oder eine Miethentschädigung von 150 Mark jährlich, sowie für Heizung und Reinigung des Schullokals nebst Lieferung der Federn und Dinte eine Entschädigung von 120 Mark jährlich verbunden. Bewerbungen nebst Zeugnissen sind schleunigst dem Unterzeichneten einzureichen.

Hattingen, 11. Dezember 1875.
(Westfalen).

Der Lokalschulinspektor,
Schuhmacher,
Amtmann.

Cölner Dombauloose

empfiehlt a 4 Mark **N. Blumenthal**, Berlin, Kaiserstr. 3.

Eine gute städtische oder ländliche **Schank-** oder **Gastwirthschaft** wird von einer soliden, cautionsfähigen Persönlichkeit sofort oder später zu pachten gesucht. — Nähere Auskunft wird Herr **Hartwig Kantorowicz**, Posen, Wronkerstraße 6, zu ertheilen die Freundlichkeit haben.

Spezialarzt Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,
heilt auch **brieflich** Syphilis-, Geschlechts-, Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen mit stets gründlichem und schnellem Erfolge.

Eine junge Dame oder Schülerin findet freundliche Aufnahme bei
E. Lehmann, Sapiehaplatz 2.

Auktion.

Im Auftrage werde

Dienstag d. 28. d. Mts.
Mittags 12 Uhr,

auf unterzeichnetem Dominium:
8 fette 3jährige Ochsen,
7 tragende sowie neumilchnede Kühe,
100 fette Hammel,
auch übercomplettes todtes Inventarium meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Dobieżyn b. Buk, 16. Dezbr. 1875.

Die Gutsverwaltung.

Ein grösseres Quantum kieferner kerngesunder Geleisschwellen, 2,0 Meter lang, 0,15 Meter stark, 0,23 Meter Auflagefläche, werden für nächstes Jahr lieferbar zu kaufen gesucht. Offerten mit billigster Preisangabe, franco nächster Bahnstation, sind unter „Eisenbahnschwellen 608" an Haasenstein & Vogler in Breslau einzusenden.
(Hc. 34455 b.)

Ein militärfrommes, gut gerittenes **Pferd** (Fuchsstute), 6 Jahre alt, 1,64 M. groß ist zu verkaufen. Auskunft ertheilt der Premier-Lieutenant **Ryll**, Mühlenstraße 34, 1 Tr. l.



Zwei Reitpferde, ein Rappe und ein Brauner, militairfromm, für schweres Gewicht sich eignend, sind baldigst zu verkaufen Berlinerstraße 2. Nähere Auskunft über dieselben ertheilt Ober-Roßarzt.

Trogisch,
St. Adalbert 43/44.

Frostbalsam, bestes Mittel Frostbeulen schnell zu beseitigen und dem Aufspringen der Haut vorzubeugen, a Fl. 5 Sgr. in **Dr. Mankiewicz's Apotheke**.

Central-Annoncen-Bureau der Deutschen Zeitungen,

Actien-Gesellschaft.

45. Mohrenstraße **Berlin**, Mohrenstraße 45.

Die Publikation einer hiesigen Annoncen-Expedition veranlaßt uns, über **die bisherige Thätigkeit unseres seit einigen Wochen bestehenden Instituts** und seine derzeitige Gestaltung **öffentlich** Bericht zu erstatten.

Die **Theilhaber unserer Gesellschaft** sind zur Zeit:

Alzey: Anzeigeblatt.
Arnswalde: Kreisblatt.
Berlin: Deutscher Reichs- und Kgl. Preußischer Staats-Anzeiger.
Bank- und Handels-Zeitung.
Berliner Börsen-Courier.
Berliner Bürger-Zeitung.
Berliner Börsen-Zeitung.
Berliner Fremdenblatt.
Deutsche Versicherungs-Zeitung.
Deutsche Gemeinde-Zeitung.
Neue Börsen-Zeitung.
National-Zeitung.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung.
Staatsbürger Zeitung.
Tribüne und Berliner Wespen.
Volks-Zeitung.
Breslau: Breslauer Zeitung.
Breslauer Morgen-Zeitung.
Schlesische Zeitung.
Bunzlau: Niederschlesischer Courier.
Cammin: Camminer Zeitung.
Kreis Zeitung.
Cöslin: Kreisblatt.
Constanz: Constanzer Zeitung.
Dortmund: Dortmunder Wochenblatt.
Einbeck: Einbecker Kreisblatt.
Elsfleth: Elsflether Zeitung.
Frankfurt a. M.: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt.
Deutsche Bade-Zeitung.
Frankfurter Union.
Gera: Geraer Zeitung.
Groß Umstadt: Odenwalder Bote.
Hamburg: Hansa.
Hameln: Hamelnscher Anzeiger.
Kahla: Nachrichten-Blatt.
Krotoschin: Kreisblatt.
Leipzig: Deutsche Allgemeine Zeitung, General-Anzeiger.
Lübeck: Eisenbahn-Zeitung.
Lüchow: Zeitung für Wendland.
Marienburg: Nogat-Zeitung.
Militsch: Kreisblatt.
Mohrungen: Kreisblatt.
Malmedy: Anzeiger.
Neustrelitz: Neustrelitzer Zeitung.
Potsdam: Potsdamer Tageblatt.
Posen: Posener Zeitung.
Parchim: Norddeutsche Post.
Rheine: Rheinischer Anzeiger.
Ratibor: Oberschlesischer Anzeiger.
Rastenburg: Rastenburger Zeitung.
Sayda: Saydaer Anzeiger und Amtsblatt.
Saargemünd: Saargemünder Zeitung.
Stettin: Neue Stettiner Zeitung.
Ostsee Zeitung.
Pommersche Zeitung.
Stettiner Zeitung.
Stolp: Zeitung für Hinterpommern.
Straßburg i. E.: Elsässisches Volksblatt.
Elsässer Stadt- und Landbote.
Kalender für Elsaß-Lothringen.
Straßburger Anzeiger.
Stuttgart: Schwäbischer Merkur.
Württembergischer Staats-Anzeiger.
Tilsit: Tilsiter Zeitung.
Trachenberg: Preuß. Wochenblatt.
Trier: Saar- und Mosel-Zeitung.
St. Wendel: Nahe- und Blies-Zeitung.
Zweibrücken: Zweibrücker Zeitung.
Zeulenroda: Wochenblatt.

Außer diesen hat eine sehr große Zahl von Zeitungen den Wunsch, sich selbstthätig an dem Unternehmen zu betheiligen, ausgesprochen, sobald die in der Organisation begriffenen Agenturen an den Hauptorten Deutschlands errichtet sein werden.

Mit sämmtlichen deutschen Zeitungen, ohne jede Ausnahme, stehen wir in Geschäftsverbindung. Wir sind in der Lage, für alle Zeitungen Inserate anzunehmen und zu besorgen.

Nachdem wir nunmehr das Berliner Central-Bureau organisirt haben, sind wir **mit Einrichtung der auswärtigen Agenturen** beschäftigt. Eine Agentur in **Stettin** ist bereits ins Leben gerufen. In **Breslau Leipzig, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart** und **München** werden **zum 1. Januar 1876 Agenturen** ihre Thätigkeit beginnen. **Weitere Zweigniederlassungen** werden wir **je nach Bedürfniß** errichten.

Die **bedeutende Ausdehnung**, welche unser hiesiges Geschäft bereits gewonnen hat, sowie der Umstand, daß die großen Lokalitäten unseres Bureau's schon jetzt für den Verkehr nicht mehr hinreichen, **legen das beste Zeugniß dafür ab, einem wie dringenden Bedürfniß dieses Institut abhilft.**

Dem uns so entgegengebrachten Vertrauen werden wir jederzeit zu entsprechen wissen, **es bürgt dafür schon die gemeinsame abwechselnde Controle der beigetretenen Zeitungen.**

Das Renommé unserer Zeitungen schützt uns, **wie wir schließlich bemerken**, vor jeder Verkennung unserer **dem Publikum** schon des Oefteren dargelegten Absichten, wie vor jeder Verdächtigung **in den Augen des Publikums.**

Berlin, im Dezember 1875.

Central-Annoncen-Bureau der deutschen Zeitungen
Actien-Gesellschaft.
Der Aufsichtsrath.

Nr. 59 St. Martin, nahe der Bismarckstraße haben wir

Eine Commandite

unseres **Colonial-Waaren- und Farben-Geschäfts** eröffnet.

Indem wir dieselbe bestens empfohlen halten, sichern wir strengste Reellität zu, und ist unsere Vertretung angewiesen, durch freundliche und aufmerksame Bedienung den Wünschen der geehrten Abnehmer jederzeit entgegen zu kommen.

Zugleich erlauben wir uns die ergebene Mittheilung, daß sich dort auch die Niederlage der

Tarnowoer Brot-Fabrik,

wie der stets bewährten

Stettiner Pfundhefe

befindet.

Posen, im Dezember 1875.

Krug & Fabricius.

Stollwerck'sche Brust-Bonbons

aus der Fabrik von

Franz Stollwerck,

Hoflieferant in Köln.

Alle, welche an Hals- und Brustübeln leiden, bedienen sich des einfachen Mittels der **Stollwerck'schen Brust-Bonbons.** Dieselben sind nach der Composition des Königl. Geheimen Hofraths und Professors Dr Harleß in Bonn bereitet und haben in ganz Europa in mehr als 30 Jahren einen so außerordentlichen Ruf erlangt, daß dieselben mit Recht als das beste und angenehmste bis jetzt bekannte Hausmittel gegen Hals- und Brustleiden, trockenen Reizhusten, so wie überhaupt gegen alle katarrhalischen Affectionen auf das gewissenhafteste zu empfehlen sind.

Depots genannter Brust-Bonbons sind in allen namhaften Städten Deutschlands, so wie in den größeren der übrigen Staaten Europa's errichtet.

Die Cigarren- und Cigarretten-Niederlage

„Sultania"

Wilhelmsstr. 18,

vis-a-vis dem Hôtel de France,

empfiehlt neue Gattungen von Cigaretten

Hight life	a 3 Reichsm.
Avec	a 3 „
En avant	2,50 M.
Postep (der Fortschritt)	a 2 M.

Außerdem alle Gattungen **Sulima, Weller, Predelki & Nonris, importirte Hamburger und Bremer Cigarren und türkische Tabake.**

Erste Luftdruck-Maschinen-Chocoladen-Fabrik

von **Paul Wesenberg,**

Berlin, Friedrichsstraße 94a, gegenüber dem Stadtpark.

Der Beifall, welchen sich meine Chocoladen seit einer langen Reihe von Jahren erworben haben und der dadurch erzielte Umsatz, haben mich genöthigt, meine Fabrik bedeutend zu vergrößern.

Durch Benutzung einer der neuesten deutschen Erfindungen der Luftdruck-Maschine, welche hier zum ersten Male in großem Maßstabe als treibende Kraft angewendet wird, sowie der neuesten französischen Maschinen, welche die Bewunderung von Kennern hervorgerufen haben, haben mich in den Stand gesetzt, Chocoladen zu liefern, welche die bis jetzt gelieferten Chocoladen an Güte und Billigkeit bei Weitem übertreffen.

Vanille-Block-Chocolade à Pfund 8 Sgr., 4 Pfd. 1 Thlr.

Vanille-Krümel-Chocolade à Pfd. 12 Sgr, 3 Pfd. 1 Thlr.

Vanille-Tafel-Chocolade à Pfund 10, 12, 15, 20 Sgr.

Bei Entnahme von 5 Pfd. letzterer gebe 1 Pfd. Rabatt.

Christbaum-Vanille-Chocolade à Pfd 24 und 30 Sgr.

gefüllt und ungefüllt in den verschiedensten Dessins.

Chocoladenfiguren à Pfd. 40 Sgr. in großer Auswahl.

Bestellungen nach außerhalb bitte rechtzeitig einzusenden, da bei dem großen Beifall, welchen meine Chocoladen gefunden, mir es nicht immer möglich ist, dieselben umgehend zu senden. Verpackung zum Selbstkosten-Preise.

---

18 Stück Fettvieh (Trockenmast) und 100 Hammel stehen zum Verkauf **Dom. Wiekowo** bei **Witkowo,** Bahnhof Gnesen.

Eine schöne Dogge (Hund) ist zu verk. Schifferstr. 20, Seiteneingang, parterre.

Die

Zauber-Apparate

sind endlich angekommen bei

Wilh. Neuländer,

Markt 60. Ecke Breslauerstraße.

In meinem Verlage erschien:

Album von Posen, welches enthält: **Ansicht von Posen. Dom. Paulikirche. Rathhaus. Pfarrkirche. Kreuzkirche. Kath. Gymnasium. Gymnasialkirche Realschule. Bazar. Raczyński'sche Bibliothek. Siegesdenkmal.** Preis 20 Sgr., mit franco Zusendung 21 Sgr. Der Preis ist sehr billig, da die Decke von Leinwand ist, und Illustrationen sehr klar und schön. Wiederverkäufern Rabatt.

J. Chociszewski,

Posen, Ecke der Büttel- und Schloff rstraße 6.

Das

Max- und Moritzspiel.

Ein lustiges Würfelspiel

Preis 1 Mark 80 Pf. (18 Sgr.)

Pracht-Ausgabe mit vielen Ueberraschungen 4 Mark nach dem bekannten Busch'schen Buche Max u. Moritz

Vorräthig in

Ernst Rehfeld's Buchhandlung.

Buchhandlung von

Joseph Jolowicz,

Markt 4

Soeben eingetroffen:

Büchmann, geflügelte Worte.

9. verbesserte und vermehrte Auflage. Preis eleg. gebunden 5 M. 50.

Zu beziehen in Posen durch

Joseph Jolowicz,

Markt 4.

Kölner Dombau-Loose

a **3 Mark netto,** 5 Pf. Bestellgeld beizufügen, sendet

A. J. Pollgiesser,

Köln, Gr. Witschgasse 21.

Scheller's condensirte

Suppen!

in Posen bei **A. Cichowicz.** Wiederverkäufer erhalten angemess. Rabatt.

Franz. Wallnüsse,

das Beste, was es giebt,

Lambertsnüsse,

Paranüsse,

blauen Liegnitzer und weißen Mohn,

gemahlen und ungemahlen.

Baumlichte, Wachsstock, Parfumkasten, Feigen, Sultanrosinen, Prünellen, Traubenrosinen, Schaalmandeln a la princess, Citronen, Apfelsinen, Sardines a l'huile, russische Sardinen, Catharinen-Pflaumen, türk. Pflaumenmus, sowie alle übrigen Colonialwaaren bei nur guten Qualitäten zu mäßigen Preisen.

A. Wuttke,

Wasserstr. 8/9.

כשר

Räucher-, Fett- und Cervelatwurst, sowie andere verschiedene Räuchersachen, empfiehlt billig, schmackhaft, die Wurstfabrik von **Jacob Schachtel in Thorn.** NB. Wiederverkäuf. bed. Rabatt.

Von Bolechowo

Ia. Sorte Sahnenkäse jeden Markttag v. 2 bis 3 Sgr. Bude gegenüber des Herrn Kaufmann Stiller am Sapiehaplatz. Butter Ia. Sorte werden kleinere Aufträge entgegengenommen.

Wohnung von 4 Zimmern im 3. Stock sofort zu vermiethen Breslauerstr. 9.

Ein gut möbl. **Zimmer** mit bes. Eing. im II. Stock ist im oberen Stadttheil zum 1. Januar 1876 zu verm. Näheres in der Expedition der Posener Zeitung.

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet und Entrée nach vorn heraus ist zu vermiethen **Halbdorfstraße 16** in der 2. Etage.

Ein 2fenstriges möbl. Zimmer mit besonderem Eingange für 2 Herren Fischerei Nr. 3, 2 Tr. l.

Ein gut möbl. Zimmer mit bes. Eingang im 2. Stock ist vom 1. Jan. k. J. ab Lindenstr. 6 zu vermiethen. Näheres daselbst rechts.

In den Gebäuden der Königl. Luisenstiftung sind vom 1. Januar k. J. ab zu vermiethen:

eine Wohnung im 3. Stock,

zwei Läden,

ein Keller.

Posen, 17. Dezember 1875.

Dr. Barth.

Ein großes, gut möbl. Zimmer, ist zum 1. Jan. zu vermiethen Friedrichsstraße 19, 3 Tr.

Eine Wohnung von 4 Zimmern mit Wasserleitung und Nebengelaß Ende März k. J. beziehbar, wird zu miethen gesucht. Offerten mit Preisangabe sub M. P. 12 in der Exped. der Pos. Ztg. abzugeben.

Ein möblirtes geräumiges Zimmer nach vorne, mit besond. Eingang, im 1. Stock, Wasserstr. 14 zu vermiethen.

Das Dominium Lussowko b. Tarnowo sucht zum sofortigen Antritt einen

1. und 2. Beamten.

Persönliche Vorstellung bedingt. Nur gute Zeugnisse werden berücksichtigt.

Annonce.

Für mein Rittergut Schierzig suche ich einen, womöglich unverheiratheten,

evangelischen Gärtner,

der den Gemüse- und Hopfenbau gründlich versteht. Nur mit guten Zeugnissen versehene Gärtner können dieselben einsenden an die Königliche Domaine Altkloster. Dienst-Antritt den 1. Januar 1876.

Doherr,

Königl. Dom.-Pächter.

Ein Lehrling

findet günstige Stellung bei

Michaelis & Kantorowicz.

Eine gute **Köchin** findet zu Neujahr bei hohem Lohn einen leichten Dienst Mühlenstr. 10, 1 Tr.

Ein gut empfohlener

Gärtner

findet zum 1. Januar auf der Domaine **Grabitz** bei Zirke gute dauernde Stellung

---

Wegen Todesfall des Besitzers wünsche ich meine Stellung, als **Ober-Gärtner,** einer größern Herrschaft, den 1. April k. J. aufzugeben, um eine andere ähnliche Stellung zu übernehmen.

Gefl. Offerten befördert **A. 99.** die Expedition dieser Zeitung.

Ein erfahrener

Wirthschafts-Inspektor,

unverheirathet, sucht zur selbstständigen Bewirthschaftung eines Gutes resp. Vorwerks z. 1. Januar Stellung. Anfragen ersuche P. S. postlagernd **Margonin** zu senden.

Ein junger **Kaufmann** (Materialist), spricht deutsch und polnisch, noch in Stellung, sucht anderweitig Unterkommen von Neujahr 1876. Adr. erbeten postlag. Schneidemühl sub **A. P. 7.**

Ein junger Kaufmann,

28 Jahr alt, mit guten Referenzen, seit 13 Jahren in der Cigarren- und Taback's-Branche thätig, sucht Stellung. Näheres unter Adresse **R. M.** in der Expedition d. Ztg.

Theater-Anzeige.

In Vorbereitung

für die

Weihnachts-Vorstellungen:

Fra Diavolo,

Komische Oper in 3 Akten v. Scribe. Musik von Auber.

Die lustigen Weiber v. Windsor,

Große Oper.

Der Bauer als Millionair

oder

Das Mädchen aus der Feenwelt.

Romantische Original Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen. Musik von Raimund.

In Vorbereitung

zu der

Kinder-Weihnachtsvorstellung

Neu

Die Wichtelmänner,

Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von Fr. Bittong.

(Mit neuen Kostümen und neugemalter Dekoration).

Reelles Heirathsgesuch.

Ein junger, alleinstehender Mann, von angenehmem Aeußern, aus altadliger Familie, im Besitze eines disponiblen Vermögens von 12,000 Thlr. sucht, in der Ueberzeugung, in der Ehe das wahre Glück zu finden, eine Lebensgefährtin. Fräuleins in entsprechender Lebensstellung, ehrenwerthen Charakters, deren Herzenseigenschaften genügend Bürge für eine glückliche Zukunft leisten, wollen ihre Adresse nebst Photographie unter Angabe der Verhältnisse binnen 8 Tagen postl. **A. W. N.** Posen einsenden. Strengste Discretion Ehrensache.

Dreißig Mark Belohnung.

Verloren eine goldene Damenuhr nebst Kette auf dem Wege von Bismarckstr. nach Gr. Gerberstr. Abzugeben Bismarckstr. 8, eine Tr.

Ein **Pelzboa** (Janotte) ist am 16. d. M. Abends gegen 10 Uhr auf der Schifferstr. verloren worden. Abzugeben gegen angemessene Belohnung bei **Szymański,** Schifferstr. 20.

☐ Donn. 23. XII. 7 A. Cfrz. III. ☐.

Für die Mitglieder der Loge.

Mittwoch, den 22. Dezember, Abends 6½ Uhr, **Christbescheerung.**

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 19 Dez., Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Zehn.

Petrikirche. Sonntag den 19. Dez., früh 10 Uhr, Predigt: Hr. Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Hr. Diakonus Witting.

St. Paulikirche. Sonntag den 19. Dezbr., Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konsistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt: Herr Pastor Schlecht. — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 19. Dezember, Vormitt. 10 Uhr: Herr Divisionspfarrer Meinke. — Abends 5 Uhr Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Militair-Oberpfarrer Haendler.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 10 bis 16. Dezember:

getauft: 12 männl., 8 weibl. Pers.
gestorb: 9 männl., 3 weibl. Pers.
getraut 1 Paar.

Familien-Nachrichten.

Heute Nachmittag 4 Uhr wurden wir durch die Geburt eines Sohnes erfreut.

Posen, den 17. Dezember 1875.

A. J. Goebbels,

Lina Goebbels g. Ventzki.

Statt besonderer Meldung.

Die heute Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau

Stefanie geb. **Giernat**

von einem kräftigen Töchterchen, zeige hiermit allen Bekannten und Freunden ergebenst an.

Schmiegel, 16. Dec. 1875.

Sachse,

Bürgermeister.

Donnerstag 12 Uhr Nachts entschlief unser einziges Töchterchen

Odonia Zielińska.

Beerdigung Sonntag, Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Wallischei 73.

Diese Trauernachricht widmen tiefbetrübt allen Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme

die Eltern.

Posen, 17. Dezember 1875.

Todes-Anzeige.

Am 16. Dezember Vormittags ½11 Uhr entriß uns der Tod unsern jüngsten und vielgeliebten Sohn und Bruder **Fritz** im Alter von 9 Monaten.

Tiefbetrübt zeigen dies an Eltern u. Geschwister

C. Alias u. Frau, Regierungs-Kanzlei-Inspektor.

Beerdigung Sonnabend 2 Uhr von Langestraße 7.

Unser einziges Söhnchen entschlief sanft heute Vormittags 10½ Uhr im zarten Alter von 4 Monaten.

Krotoschin, den 16. Dezember 1875.

M. Kamieński,

Obersteuer-Kontrolleur.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Frl. Adelheid v. Linsingen mit Amtshauptmann Freih. Julius v. Dörnberg in Linden und Peine. Frl. Hedwig Werner mit Gymnasiallehrer Ludwig Miedzychodzki in Glatz. Frl. Elise v. Brause mit Kreisgerichts-Rath Rudolf v. Wenckstern in Rothenburg O.-L. und Schönberg bei Landshut. Frl. Anna v. Brause mit Kreisrichter Conrad Thümel in Rothenburg O.-L. Frl. Clara Firgau mit Maurermeister Paul Corsalli in Berlin. Frl. Anna Hartwig mit Assistenz-Arzt Dr. Rothe in Potsdam und Prenzlau.

Verehelicht. Prem.-Lieut Kempe mit Frl Ludowike Cleve in Hannover. Oscar Laßberg mit Frl. Anna Fraedrich in Berlin.

Geboren. Ein Sohn: den Herren, Gymnasial-Oberlehrer Martin Stier in Neu-Ruppin. Eine Tochter: den Herren, Rudolph v. Knobelsdorff-Brenkenhoff in Lohrmannshof b. Eichstätt. Frhr. v. Richthofen in Dürrjentsch. Regierungs- und Baurath Früh in St. Johann a. d. Saar. E. Frhr. v. Houwald in Leibchel. Dr. Paul Schellbach in Berlin. Sally Stein in Berlin.

Gestorben: Verwittwete Konsistorialräthin Charl. v. Oven, geborene Brügelmann in Potsdam. Major a. D. Freiherr Trillitz von Nordeck in Straußberg. Pfarrer Pfeifer Sohn Philipp in Wernigerode. Major z. D Hermann Alfred Freiherr von der Horst in Paderborn. Steuerinspektor, Prem.-Lieut. a. D. Wilhelm v. Rosenbruch in Gardelegen. Frau Fr. von Meibom, geborene Leckeny in Magdeburg. Lackirermeister Alb. Herrmann in Berlin. W. Maurer Sohn Felix in Berlin. Verw. Frau Adelaide Beringer, geborene Heese in Berlin. Gustav Hochhaus in Berlin. Verw. Frau Bertha Gottheil, geborene Cracau in Berlin. Kaufmann Adolf Schöndube in Bernau. Frau Charlotte Hartwig, geborene Schlei in Nieder-Schönhausen. Kaufmann Carl Figge in Hamburg.

Interims-Theater in Posen.

Repertoir.

Sonnabend den 18. December:

Abschiedsvorstellung und Benefiz des Königlichen Hofschauspielers Herrn Gustav Müller vom Hoftheater zu Wiesbaden.

Auf Wunsch:

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Schiller.

* Carl Moor: Herr G. Müller.

Sonntag den 19. December:

Zu ermäßigten Preisen:

Der Maurer und der Schlosser.

Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen des Scribe u. Delavigne. Musik von Auber.

Dazu:

Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.

Dienstag den 21. December:

Extra-Vorstellung mit kleinen Preisen.

Ehrliche Arbeit.

Volksstück mit Gesang von H. Wilken. Musik von R. Bial.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Sonnabend: **Der Postillon von Müncheberg.**

Die Direction.

B. Heilbronn's Restaurant.

Heute und folgende Abende:

Gesangsvorträge der Sängergesellschaft de la Garde.

Lambert's Concert-Saal.

Sonntag den 19. December:

Großes Concert.

Anfang 6 Uhr. Entrée 25 Pfg.

Stolzmann.

Sonnabend d. 18. d. M. **Eisbeine** sowie jeden Sonnabend.

Carl Kobelt,

Wasserstr. Nr. 10.

„Zur guten Quelle."

Heute Abend **Kesselwurst** und Schmorkohl in und außer dem Hause, St. Martin 38. **E. Kaufmann.**

Lambert's Restaurant.

Heute **Sonnabend** von **10 Uhr** ab **Wellfleisch,** zum Abendbrot **frische Wurst und Sauerkohl,** sowie täglich frische **Flaki.**

Oswald Pohl.

Heute zum Frühstück **Wellfleisch** und zum Abendbrod frische **Wurst.**

A. Graeber,

Mühlen- u. Berlinerstr.-Ecke.

National-Halle,

Friedrichsstraße 19.

Heute Abend **Eisbeine** bei

B. Andersch.

Heute Abend frische **Kesselwurst** mit Schmorkohl bei

A. Grosser,

Halbdorfstr. 17a.

Heute Abend **Eisbeine** u. **Kesselwurst** mit **Schmorkohl** bei

Oscar Meyer,

(W. 258.) Halbdorfstr. 2.

Heute Abend **Kesselwurst mit Schmorkohl** bei

(W. 272) **Fr. Meyer,**

Bergstr. 14. **„Berg-Halle."**